



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

IM WANDEL: MIGRATIONS POLITIK UND DAS REGIME PUTIN

■ VON DER REDAKTION	
С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!	2
■ ANALYSE	
Russlands Migrations- und Grenzregime: Abschottung im Inneren Julia Glathe, Berlin	2
■ STATISTIK	
Statistiken zu Migration und Flucht	5
■ ANALYSE	
Personalisierung und die Gefahr geschwächter autoritärer Institutionen: Putins Zentralisierung und die Krise institutioneller Politik in Russland Julian G. Waller, Berlin / Washington, D.C.	7
■ KOMMENTAR	
Warum hat Putin den Kurs geändert? Dmitrij Trawin, St. Petersburg	11
■ STATISTIK	
Statistik zur Wirtschaftsentwicklung	15
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Putins Nachfolgeproblem Jens Siegert, Moskau	16
■ UMFRAGE	
Einstellungen zur Migration	19
Vertrauen und Verantwortung politischer Institutionen	23
■ CHRONIK	
4. – 15. Dezember 2017	27

С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Unsere nächste Ausgabe wird am 19. Januar 2018 erscheinen.

Das neue Jahr bringt einige Veränderungen bei den Länder-Analysen mit sich: Ab dem 1. Januar 2018 werden die »Russland-Analysen«, »Ukraine-Analysen«, »Polen-Analysen«, »Zentralasien-Analysen« und »Belarus-Analysen« von einem neu konstituierten Konsortium geführt werden. Zu diesem Konsortium gehören sechs Institutionen:

- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde;
- Deutsche Polen Institut;
- Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen;
- Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien;
- Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung;
- Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien.

Aufgabe des Konsortiums ist es, die Kooperation zwischen den jeweiligen Länder-Analysen zu koordinieren und zu stärken. Zugleich soll so die Herausgabe der Länder-Analysen institutionell, finanziell und personell auf eine nachhaltige Grundlage gestellt werden.

Die Verantwortung für die »Russland-Analysen« geht im neuen Jahr vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin auf die Forschungsstelle Osteuropa in Bremen über. Prof. Dr. Heiko Pleines wird die Herausgeberschaft von Prof. Dr. Gwendolyn Sasse übernehmen. Auch in der Redaktion gibt es einen Wechsel: Zu unserem großen Bedauern beendet Martin Brand seine Tätigkeit als Redakteur – die »Russland-Analysen« sind ihm für seinen umsichtigen, kenntnisreichen und unermüdlichen Einsatz mehr als dankbar! Ab Januar wird Anastasia Stoll die verantwortliche Redakteurin sein – wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Das Team der »Russland-Analysen«

Martin Brand, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Gwendolyn Sasse

Russlands Migrations- und Grenzregime: Abschottung im Inneren

Julia Glathe, Berlin

Zusammenfassung

Der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine hat zusammen mit der öffentlichen Debatte in Russland über eine sogenannte »europäische Migrationskrise« der russischen Migrationspolitik einen neuen Impuls gegeben, dessen Ausprägungen in diesem Artikel analysiert werden sollen. Es wird der These nachgegangen, dass zwar die bereits in den 2000er Jahren existierenden Sicherheitsprojekte weiter vorangetrieben wurden, jedoch anders als in Westeuropa und den USA nicht durch den Ausbau oder gar die Externalisierung territorialen Grenzschutzes, sondern durch verstärkte Repression im Inneren und eine Verleugnung und Verdrängung von Fluchtmigration.

Einleitung

Russland zählt neben den USA und Deutschland mit einer jährlichen Nettoimmigration von ca. 280.000 Personen zu den größten Einwanderungsländern weltweit. Vor allem aus dem postsowjetischen Raum rei-

sen jährlich Hunderttausende Menschen berufsbedingt nach Russland ein. Seit 2014 hat durch den Konflikt in der Ostukraine aber auch Fluchtmigration erheblich an Bedeutung gewonnen. Zusätzlich hat der Krieg in Syrien eine gewisse Fluchtbewegung nach sich gezogen,

dessen Dimension jedoch laut offiziellen Zahlen mit ein bis zwei Tausend Personen jährlich relativ gering ausfällt. Nicht allein die tatsächlichen Flüchtlingszahlen, sondern vor allem der öffentliche Diskurs über eine sogenannte »Migrationskrise« in Europa haben in Russland verstärkt Fragen der »nationalen Sicherheit« aufgeworfen und der Migrationspolitik einen neuen Impuls verliehen.

Prinzipien des russischen Migrationsregimes

Ein zentraler Unterschied des russischen Migrationsregimes zu dem der EU oder der USA besteht in der starken Durchlässigkeit der Grenzen. Der überwiegende Teil (rund 90 Prozent) der Migranten stammt aus Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und reist visafrei nach Russland ein. Aber auch für die übrigen Migranten gilt, dass ein Visum zur legalen Einreise nach Russland vergleichsweise einfach zu beschaffen ist. Das Bild von einer »Festung Europa« lässt sich auf Russland nicht übertragen. Nichtsdestotrotz ist das durchlässige Grenzregime Russlands nur scheinbar liberal, da durch alternative Instrumente im Inneren der Aufenthalt von Migranten restriktiv reguliert wird.

Seit 2013 wurden mehrere Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, die die Ausweisung von Migranten und das Verhängen mehrjähriger Einreisesperren stark vereinfacht haben. Mittlerweile reicht als Grundlage ein zweifacher administrativer Gesetzesverstoß (Ordnungswidrigkeit) aus, um eine Ausweisung und Einreisesperren von bis zu zehn Jahren zu verhängen. Die Restriktion im Inneren wird dabei durch die Institutionalisierung prekärer und halblegaler Aufenthaltsstatus verstärkt. Von einem halblegalen Status wird gesprochen, wenn die Einreise zwar legal erfolgt ist, anschließend aber keine gesetzeskonforme Registrierung oder Arbeitserlaubnis erlangt wurde. Prekär bedeutet, dass selbst im Fall eines vollkommen legalen Aufenthaltsstatus dieser häufig nur ein Jahr, manchmal sogar nur wenige Monate gilt, und anschließend verlängert oder neu beantragt werden muss. Dadurch entstehen Möglichkeiten einer flexiblen Restriktion von Migration. Einerseits können im Falle eines halblegalen Status jederzeit Repressionen gegenüber Migranten, beispielsweise Internierungen, Ausweisungen und Einreisesperren, durchgesetzt werden. Andererseits ist – bedingt durch den prekären Charakter des Aufenthaltsstatus bei Arbeitsmigranten – eine flexible Begrenzung von legaler bzw. offizieller Migration durch arbeitsmarktpolitische Instrumente möglich. Hierzu gehören Einreise- und Beschäftigungsquoten sowie die Erhöhung von Kosten für die Arbeitserlaubnis (das sogenannte »Patent«), die jährlich auf regionaler Ebene neu festgelegt werden. Neben den formalen Beschränkungen von Migration prägen – wie bereits vielfach dokumentiert wurde – weitreichende Prakti-

ken der Korruption das russische Migrationsregime und behindern Prozesse zur Legalisierung von Migranten, die für den Schutz vor Repressionen essentiell sind.

Neue Impulse: Fluchtmigration aus der Ostukraine und die »europäische Migrationskrise«

Zwei Faktoren scheinen der russischen Migrationspolitik in den letzten Jahren einen neuen Impuls versetzt zu haben, nämlich der Anstieg von Fluchtmigration durch den Konflikt in der Ostukraine und die öffentliche Debatte über eine sogenannte »europäische Migrationskrise«.

Einen deutlichen Einschnitt stellte die Auflösung des Föderalen Migrationsdienstes (FMS) im Frühjahr 2016 und die Übernahme dessen Zuständigkeitsbereichs durch das Innenministerium dar. Diese Entscheidung ist zwar nicht allein als Reaktion auf die Fluchtbewegungen nach Europa zu verstehen. Die intensive Debatte darum scheint jedoch den entscheidenden Anstoß zur institutionellen Neuformierung gegeben zu haben. So erläutert der Vorsitzende des Think Tanks »Migracija XXI vek« (»Migration 21. Jahrhundert«) und ehemalige stellvertretende Vorsitzende des FMS, Wjatscheslaw Postawin, in einem Interview mit der Autorin im September dieses Jahres den Schritt folgendermaßen:

»In diesem Augenblick gehen bei Ihnen in Europa Dinge vor sich, die als Gefahr daherkommen, Terroranschläge, diese Migrationskrise. Unsere Führung steht natürlich unter dem Eindruck davon. Man hielt die Lage für recht kritisch, es musste vor allem die Sicherheit verstärkt werden.«

Ein zweiter wesentlicher Einschnitt bestand in der Einführung einer neuen migrationspolitischen Strategie für 2018 bis 2020, die im Juni 2017 durch das Innenministerium verabschiedet wurde. Das zuvor geltende, gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteuren jahrelang aufwendig erarbeitete staatliche Migrationskonzept für den Zeitraum 2015 bis 2025 wurde im gleichen Atemzug aufgehoben. In dem neuen Konzept wird der Ausbau restriktiver Maßnahmen zur flexiblen Kontrolle und Regulierung von Migration nach Russland angekündigt und sowohl ökonomisch als auch sicherheitspolitisch begründet. Bezugspunkt bilden dabei explizit die »unkontrollierten Migrationsströme« nach Europa. Daneben wird auch auf den Flüchtlingszuzug aus der Ostukraine nach Russland verwiesen und beispielsweise auf eine damit verbundene Notwendigkeit, Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Asylmissbrauch auszubauen. Insgesamt wird in dem Konzept eine neue Grenzziehung zwischen Arbeitsmigration und Fluchtmigration deutlich, wobei erstere Form der Immigration als wirtschaftlich vorteilhaft und daher erwünscht und letztere

als schädlich, gefährlich und unerwünscht markiert werden. »Unter den aktuellen Bedingungen« wird der Ausbau von Instrumenten zur »Zurückhaltung und Regulierung« von Migration aus politisch und ökonomisch instabilen Regionen dabei zur Notwendigkeit erklärt.

Obwohl der ökonomische Nutzen durch Arbeitsmigration nach Russland anerkannt wird, sind nun an die Mobilitätsrechte dieser Gruppe restriktivere Bedingungen geknüpft. So soll zukünftig die Vergabe befristeter Aufenthaltserlaubnisse stärker an die Arbeitsmarktbefürfnisse und demographische Situation einer Region gebunden sein. Vor diesem Hintergrund ist zudem die Zielsetzung einer aktiven Steuerung von Migrationsbewegungen in den Fernen Osten und die Bajkal-Region zu verstehen, die in der russischen Berichterstattung über das neue Konzept in den Vordergrund gerückt wurde.

Migrationspolitische Praxis

Das Ziehen neuer Grenzen gegenüber Flüchtlingen in Russland spiegelt sich auch in der Gewährung von Asyl wider. Besonders deutlich wird die restriktive Gewährung von Asyl bei einem Blick auf syrische Flüchtlinge, von denen amtlichen Statistiken zufolge seit 2014 nur zwei Personen offiziell als Flüchtlinge anerkannt wurden (1.302 Personen aus Syrien haben zeitweiliges Asyl erhalten, Stand Januar 2017). Aber auch von rund einer Million ukrainischer Geflüchteter waren Anfang 2016 nur 273 Personen als Flüchtlinge anerkannt, wohingegen ein großer Teil von ihnen (311.134 Personen) nur zeitweiliges Asyl erhielt – ein Status, der nur ein Jahr gültig ist und mit weniger Rechten einhergeht. Laut eines Monitoring-Berichts, der auf Radio Assatyk (siehe <<https://rus.azattyq.org/a/rossiya-bezhensy-iz-siryi-ukrainy/28591023.html>>) veröffentlicht wurde, wird den aus der Ukraine Geflüchteten jedoch zunehmend auch ein zeitweiliges Asyl ohne eine ordentliche Prüfung verweigert, und zwar mit der Begründung, dass angeblich kein eindeutiger Asylgrund festgestellt werden konnte. In zahlreichen Fällen sind ukrainische Geflüchtete sogar von Ausweisung und Einreisesperren bedroht, da ihnen bei der Einreise formale Fehler unterlaufen sind, wie zum Beispiel beim Grenzübertritt die Nichtangabe der Asylsuche als Einreisegrund.

Neben der häufigen Verweigerung eines sicheren Asylstatus ist eine weitere staatliche Strategie die Kanalisierung von Fluchtmigration in andere Legalisierungsformate wie Arbeitsmigration, »Repatriierung« (staatlich geförderte Immigration von sogenannten »Landsleuten«, also Personen mit einer starken Bindung zu Russland) und Einbürgerung. Damit soll formal der Flüchtlingszugang begrenzt bzw. dessen Begrenzung vorgetäuscht werden. Diese Praxis zeigt sich zum Beispiel anhand des Anteils ukrainischer Staatsbürger unter den Teilneh-

mern am »Staatlichen Programm zur freiwilligen Übersiedlung von Landsleuten«: Er ist von 9,9 Prozent im 4. Quartal 2013 auf 69,5 Prozent ein Jahr später angestiegen (siehe Grafik 2 auf S. 6 und Tabelle 2 auf S. 7).

Bedingende Faktoren: Kostenkalkül, Prekarisierung und Abgrenzung zum Westen

Die neuen »Grenzen« und die Verweigerung und Verdrängung von Fluchtmigration in der migrationspolitischen Praxis der letzten Jahre scheinen durch mehrere Faktoren bedingt zu sein. Zunächst lassen sich die genannten Strategien auf ökonomische Kosten-Nutzen-Rechnungen zurückführen. Die Flüchtlingsversorgung sowie die Verwaltung von Flüchtlingsunterkünften stellen Kosten dar, die die russische Regierung anscheinend nur begrenzt zu leisten bereit ist. Darüber hinaus widerspricht die Anerkennung von Asyl dem Prinzip einer flexiblen Regulierung, das – wie oben argumentiert – kennzeichnend für das heutige russische Migrationsregime ist. Während eine arbeitsbedingte Aufenthaltserlaubnis zumeist prekär bleibt und im Zuge sich wandelnder Arbeitsmarktlagen wieder eingeschränkt werden kann, stellt die Anerkennung als Flüchtling einen Status dar, der nicht so einfach entzogen werden kann. Er entzieht sich gleichsam der Kontrolle des russischen Staats, wo dieser doch in seiner neuen Migrationsstrategie den Anspruch erhebt, Migration in erster Linie gemäß nationaler Interessen steuern zu wollen; humanitäre Prinzipien werden ja nur zweitrangig erwähnt. Insofern ergibt sich als Alternativmodell eine selektive Kanalisierung von Migration in Richtung Arbeitsmigration einerseits und Repatriierung andererseits.

Schließlich ist die öffentliche Debatte in Russland über eine europäische »Migrationskrise« ein Pol, durch den sich Russland mit Hilfe einer mit eiserner Hand geführten Migrationspolitik gegenüber einem liberalen Westen und einer vermeintlich zu liberalen »westlichen« Migrationspolitik abzugrenzen versucht – ohne dabei jedoch Zuwanderung insgesamt zu unterbinden, auf die Russland aus ökonomischen und demographischen Gründen angewiesen ist.

Fazit

Die Auflösung der Föderalen Migrationsbehörde und die Übernahme ihres Zuständigkeitsbereichs durch das Innenministerium verweist auf eine Stärkung sicherheitsorientierter gesellschaftlicher Kräfte gegenüber eher liberal orientierten Kräften. Diese Verschiebung von Kräften, die seit Mitte der 2000er Jahre in wechselseitigem Widerspruch stehen, wurde durch die Debatte über eine »europäische Migrationskrise« befördert und durch einen Bezug auf diese legitimiert. Zugleich sind

aber Zielsetzungen im Sinne einer Ökonomisierung von Migration, die ebenfalls seit mindestens einem Jahrzehnt als festes Element der Migrationsregulierung bestehen, nicht infrage gestellt worden. Die territorialen Grenzen sind weiterhin äußerst durchlässig und Arbeitsmigration wird als Ressource anerkannt, wobei die Bestimmungen

der neuen Migrationsstrategie darauf schließen lassen, dass die an Mobilitätsrechte geknüpften Bedingungen verschärft werden sollen. Humanitäre Prinzipien jedoch scheinen durch die skizzierten Verschiebungen zunehmend verdrängt und ausgehebelt zu werden.

Über die Autorin

Julia Glathe ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und beschäftigt sich in ihrem Promotionsprojekt mit dem russischen Migrationsregime.

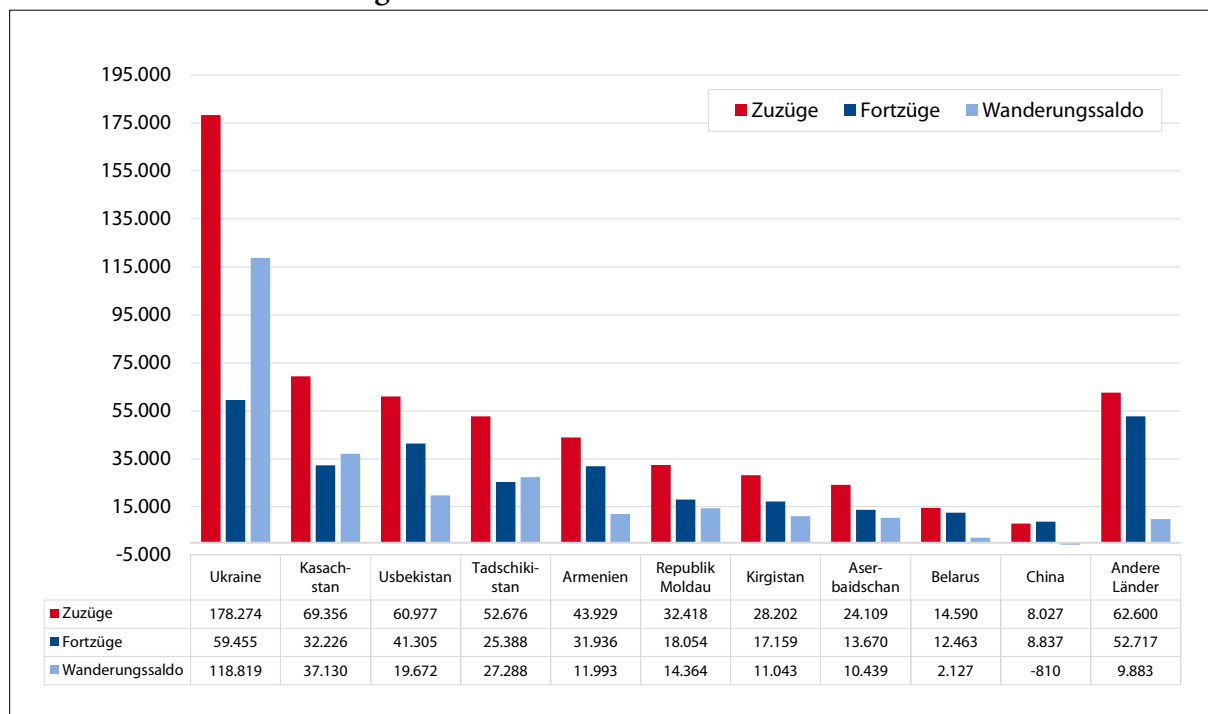
Lesetipps

- Pikulicka-Wilczewska, Agnieszka; Greta Uehling (Hg.): Migration and the Ukraine Crisis. A Two-Country Perspective, Bristol: E-International Relations Publishing 2017; <<http://www.e-ir.info/wp-content/uploads/2017/06/Migration-and-The-Ukraine-Crisis-E-IR.pdf>>
- Homepage des »Civic Assistance Committee«: <www.refugee.ru/en/>

STATISTIK

Statistiken zu Migration und Flucht

Grafik 1: Internationale Migration in der Russischen Föderation 2016

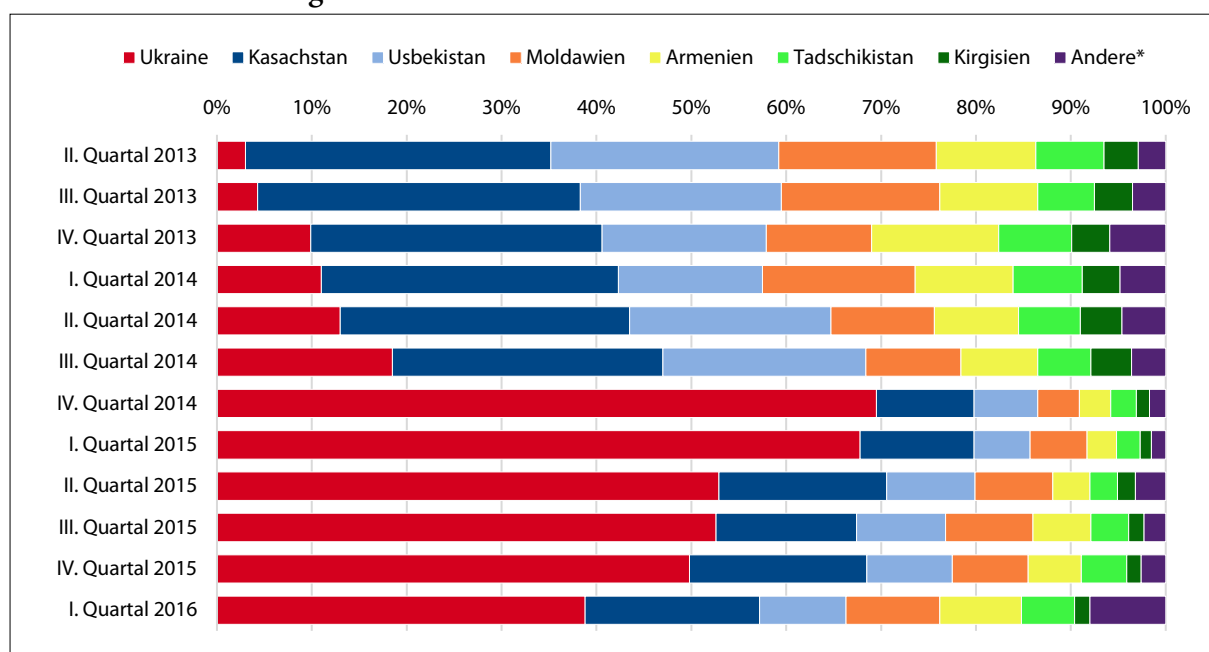


Quelle: Angaben des Föderalen Staatlichen Statistikdienstes der Russischen Föderation (Rosstat), <http://www.gks.ru/bgd/regl/b16_107/IssWWW.exe/Stg/tab2-06-15.xls>

Tabelle 1: Verteilung der Flüchtlinge, Vertriebenen und Personen mit zeitweiligem Asyl, die am 1. Januar 2017 registriert waren, nach Herkunftsländern

	Flüchtlinge		Vertriebene		Personen mit zeitweiligem Asyl	
	Anzahl	In % der Gesamtzahl	Anzahl	In % der Gesamtzahl	Anzahl	In % der Gesamtzahl
Gesamt	598	100,0 %	19.327	100,0 %	228.392	100,0 %
Aserbaidshjan	8	1,3 %	189	1,0 %	10	0,0 %
Afghanistan	292	48,8 %	-	-	417	0,2 %
Georgien	34	5,7 %	6.242	32,3 %	226	0,1 %
Kasachstan	1	0,2 %	4.366	22,6 %	3	0,0 %
Kirgisien	2	0,3 %	311	1,6 %	21	0,0 %
Russland	-	-	4.643	24,0 %	-	-
Syrien	2	0,3 %	62	0,3 %	1.317	0,6 %
Tadschikistan	7	1,2 %	819	4,2 %	26	0,0 %
Turkmenistan	-	-	120	0,6 %	8	0,0 %
Usbekistan	18	3,0 %	1.973	10,2 %	82	0,0 %
Ukraine	188	31,4 %	243	1,3 %	226.044	99,0 %
Andere Länder	46	7,7 %	359	1,9 %	238	0,1 %

Quelle: Angaben des Föderalen Staatlichen Statistikdienstes der Russischen Föderation (Rosstat), <http://www.gks.ru/bgd/regl/b17_107/IssWWW.exe/Stg/tab3-01-16.xls>

Grafik 2: Staatsangehörigkeit von Teilnehmern am »Staatlichen Programm zur freiwilligen Übersiedlung von Landsleuten«


Siehe Tabelle 2 für die Zahlen, die der Grafik zugrunde liegen; * eigene Berechnung, z. T. abweichend von den Originaldaten

Quelle: Innenministerium der Russischen Föderation, <https://мвд.рф/mvd/structure1/Glavnie_upravljenija/guvm/compatriots/monitoring>

Tabelle 2: Staatsangehörigkeit von Teilnehmern am »Staatlichen Programm zur freiwilligen Übersiedlung von Landsleuten«

	II. Quartal 2013	III. Quartal 2013	IV. Quartal 2013	I. Quartal 2014	II. Quartal 2014	III. Quartal 2014	IV. Quartal 2014	I. Quartal 2015	II. Quartal 2015	III. Quartal 2015	IV. Quartal 2015	I. Quartal 2016
Ukraine	3,0%	4,3%	9,9%	11,0%	13,0%	18,5%	69,5%	67,8%	52,9%	52,6%	49,8%	38,8%
Kasachstan	32,2%	34,0%	30,7%	31,3%	30,5%	28,5%	10,3%	12,0%	17,7%	14,8%	18,7%	18,4%
Usbekistan	24,0%	21,2%	17,3%	15,2%	21,2%	21,4%	6,7%	5,9%	9,3%	9,4%	9,0%	9,1%
Moldawien	16,6%	16,7%	11,1%	16,1%	10,9%	10,0%	4,4%	6,0%	8,2%	9,2%	8,0%	9,9%
Armenien	10,5%	10,3%	13,4%	10,3%	8,9%	8,1%	3,3%	3,1%	3,9%	6,1%	5,6%	8,6%
Tadschikistan	7,2%	6,0%	7,7%	7,3%	6,5%	5,6%	2,7%	2,5%	2,9%	4,0%	4,8%	5,6%
Kirgisien	3,6%	4,0%	4,0%	4,0%	4,4%	4,3%	1,4%	1,2%	1,9%	1,6%	1,5%	1,6%
Andere*	2,9%	3,5%	5,9%	4,8%	4,6%	3,6%	1,7%	1,5%	3,2%	2,3%	2,6%	8,0%

* eigene Berechnung, z. T. abweichend von den Originaldaten

Quelle: Innenministerium der Russischen Föderation, <https://mba.pf/mvd/structure1/Glavnie_upravljenija/guvm/compatriots/monitoring>

ANALYSE

Personalisierung und die Gefahr geschwächter autoritärer Institutionen: Putins Zentralisierung und die Krise institutioneller Politik in Russland

Julian G. Waller, Berlin / Washington, D.C.

Zusammenfassung

Das moderne Russland ist lange mit der Person und der Figur Wladimir Putin assoziiert worden, wodurch die politische Diskussion im Westen wie auch in Russland personifiziert wurde: Sie rankt sich um den Präsidenten als dem zentralen, wenn nicht gar alleinigen Entscheidungsträger. Russlandexperten wenden sich zwar oft gegen eine solche Charakterisierung, doch lässt sich nicht leugnen, dass in den vergangenen fünf Jahren eine zunehmende Personalisierung und Zentralisierung der Politik in Russland erfolgt ist. Was bedeutet das für die anderen politischen Institutionen in Russland, wo nun das zweite Jahrzehnt von Putins Herrschaft zu Ende geht?

Nicht-demokratische Systeme: eine Frage typologischer Kreativität

Die Russische Föderation war einst ein idealtypischer Fall in der akademischen Diskussion um Demokratie und autoritäre Regime. Gleich nach den Enttäuschungen der »dritten Demokratisierungswelle« Ende der 1990er Jahre befeuerte die zielstrebige Entwick-

lung der russischen Politik hin zu einem kontrollierten und stabilen autoritären Gleichgewicht während der ersten beiden Amtszeiten Wladimir Putins (1999–2008) ein beträchtliches Forschungsinteresse. Die Beibehaltung von Wahlen mit mehreren Parteien, das Überleben parlamentarischer Institutionen, der verkündete Respekt vor einer auf dem Papier unabhängigen Justiz

und das nahezu vollkommene Fehlen bedeutsamer Verfassungsänderungen seit dem Chaos der frühen Jahre unter Jelzin sorgten für einen gänzlich anderen Blick auf ein politisches System, das von Beobachtern wohl kaum mit gutem Gewissen als demokratisch bezeichnet werden kann.

Mitte der 2000er Jahre schien Russland bereits ein ganz anderes Land zu sein als noch ein Jahrzehnt zuvor mit Boris Jelzin an der Spitze. Optimisten könnten auf das Fortbestehen aller der traditionellen liberalen demokratischen Institutionen verweisen. Pessimisten würden sich auf Mahnungen konzentrieren: Bei den Wahlen sind alle Parteien vom Regime kooptiert, im Parlament gibt es eine übergroße, präsidentenfreundliche Mehrheit, die Medien sind entweder im Besitz des Staates oder von staatsnahen Oligarchen und Reformen des Wahl- und Parteiensystems haben die einst mächtigen Gouverneure zu Bürokraten degradiert und politisch widerspenstige Stimmen marginalisiert. Gleichwohl waren die Institutionen erhalten geblieben. Dieser interessante Fall von demokratischen Strukturen in einem Gemeinwesen, in dem die Politik eindeutig ohne Wettbewerb auskommt, hat bei Journalisten für endlose Verwirrung gesorgt und dazu beigetragen, dass ein florierendes Gewerbe entstand, das sich auf typologische Kreativität in der politischen Wissenschaft spezialisierte. Ist Russland eine illiberale Demokratie? Oder vielleicht ein hybrides Regime? Oder eine elektorale bzw. kompetitive Autokratie?

Die Diskussion spiegelte das gewandelte Verständnis unter Politikwissenschaftlern hinsichtlich der Natur nichtdemokratischer Regime wider. In der Frühzeit des Kalten Krieges ist die Forschung zu dieser Frage davon besessen gewesen, totalitäre von autoritären Regimen abzugrenzen. In den 1970er Jahren rückten angesichts der Demokratisierungsrückschritte und des Scheiterns der postkolonialen Demokratien in den Staaten Südostasiens und der Subsahara dann die Konzentration auf organisatorische Aspekte nichtdemokratischer Systeme in den Vordergrund. Es wurde grob zwischen Parteiregimen (den alten kommunistischen Einparteiensstaaten in Osteuropa und Asien), Juntas (in Lateinamerika und in vielen von Unruhen geprägten Staaten Afrikas) und personalistischen oder sultanistischen Regimen (ebenfalls in Afrika sowie im Mittleren Osten) unterschieden. Die Wahrnehmung hinsichtlich einer solchen Kategorisierung nach Art der autoritären Organisation war hilfreich. Zu dieser Konzeptualisierung kamen dann bestimmte Nuancen hinsichtlich der Koalitionen hinzu, auf die sich einige Regime stützten (etwa bei den »bürokratisch-autoritären« Regimen in Lateinamerika), oder hinsichtlich der nachhaltigen Beziehung zwischen Patron und Klient, die die ansonsten stumpfsinnigen

»Westentaschendiktaturen« zusammenhalten (z. B. der Neopatrimonialismus in der Subsahara-Region).

Russlands politisches System der 2000er Jahre: ein neues Modell

Das russische Modell der 2000er Jahre hingegen (und letztlich das vieler anderer Staaten jener Zeit) beruhte auf einer neu entdeckten Vorliebe für die zweigleisige Natur hybrider oder kompetitiver autoritärer Regime. Da sie mit den formalen Institutionen beladen waren, die sie in einer früheren Phase einer Demokratisierung erhalten hatten, und ihnen gleichzeitig andere wirkungsvolle Legitimierungsmechanismen wie etwa Monarchenfamilien, ideologische Parteien oder autoritative religiöse Organisationen fehlten, mussten die Institutionen untergraben werden, um autoritäre Stabilität sowie Ruhe innerhalb der herrschenden Elite zu gewährleisten.

In Forscherkreisen wuchs schließlich die Vorliebe für Fragen nach der Funktionalität: Auf welche Weise hilft dieses Parlament oder jene Wahl dem Regime, indem Renten verteilt oder Potentiale mobilisiert werden? Warum lässt man viele Parteien an den Wahlen teilnehmen? Auf welche Weise befördern diese Strukturen Stabilität, Kontrolle und Kooptierung? Warum erlaubt der Diktator dies, oder warum ruft er jenes ins Leben? Welchen Zwecken dient dies, was ist die Funktion von jenem?

Hiermit war ein tiefgehendes Bewusstsein für den fundamental informellen Charakter der Interaktion von Eliten und für das Zynische politischer Zweckmäßigkeit verbunden. Für viele Journalisten wurde die Vorstellung von Politik als Werk klientelistischer, netzwerkartiger »Clans« zum unerlässlichen Rahmen, um die Politik in Russland zu verstehen. Hinzu kam die eher postmoderne Vorstellung von einer Welt, in der alles gefälscht und die Fassade wichtiger ist, als die Realität. Die Repression war real, allerdings relativ fein justiert gegen Gruppen gerichtet, die wenig öffentliche Unterstützung genossen. Die Popularität der Opposition war dermaßen gering, dass es nicht tragbar erschien, ernsthaft von einer Diktatur in jenem Sinne zu sprechen, mit dem der Terminus jahrzehntelang zuvor gebraucht worden war. Nämlich, dass sich Diktatur auf Gewalt und offenen Zwang stützt.

Dass das Regime zunehmend einen autoritären Charakter annahm, machte die Begriffe schlichtweg noch verwirrender: Vielleicht war dieses autoritäre System ja gar nicht so schlecht? Immerhin brachte es einen wachsenden Lebensstandard mit sich, der eine Folge der hohen Ölpreise und des Umstandes war, dass die Reformen der ausgehenden 1990er endlich Wirkung zeigten. Fassadenartige Institutionen, die einen gewissen Nutzen für das Regime bedeuteten, wurden zu einem merkwürdigen sozioökono-

mischen Machwerk vermengt, das sich zu den älteren Formen des Klientelismus gesellte, wie auch zu den feinsten Formen medialer Ablenkung und Erfüllung durch Konsum, die das 21. Jahrhundert bereithält. Die Forschung sah hierin einen besonders geeigneten neuen Weg, um neben Russland auch viele der erfolgreichsten und populärsten autoritären Regime der 2000er Jahre analysieren zu können, angefangen bei Singapur bis hin zu Venezuela.

Neue Herausforderungen: Die Krise 2012

Die russische Politik hat sich seit jenen berauschenden Tagen des Wirtschaftswachstums und der Experimente mit neuen Wegen, autoritäre Regime in modernen Zeiten zu stabilisieren und aufzubauen, gewandelt. Der wirtschaftliche Einbruch in den Jahren nach 2008 war mit einer 2011 explodierenden Proteststimmung gepaart, die im Winter 2011/12 in einer ersten regimekritischen Mobilisierung kulminierte. Autoritäre Wahlen – von denen die Forschung zunehmend als von einem hervorragenden Instrument für Autokraten spricht, mit dem letztere ihre Eliten im Blick haben und Legitimität gewährleisten können – waren wieder gefährlich geworden. Die Antwort des Regimes in Russland war zweigeteilt. Sie bestand zum einen in einer ideologischen Neuorientierung hin zu einem antiwestlichen Konservatismus, gefüllt mit einer sehr langen Liste religiöser und sozial rückwärtsgewandter Maßnahmen. Zum anderen erfolgte eine weitere Zentralisierung der Macht durch den Kreml, indem die Zahl der an Entscheidungen beteiligten Akteure auf einen kleinen Zirkel von Beratern rund um den Präsidenten reduziert wurde.

Seit Mitte der 2010er Jahre hat das Regime in Russland beträchtliche Veränderungen erfahren, auch wenn es von den gleichen institutionellen Merkmalen und politischen Gesichtern wie seine Vorgängerversion aus den 2000er Jahren geprägt wird. Die ersten beiden Amtszeiten Putins und die Ära Medwedew waren zum Teil durch eine stetige und unaufhaltsame Zentralisierung bürokratischer und analytischer Macht in den Händen des Apparats der Präsidentschaft bestimmt. Letztere wuchs zu einem komplexen Gebilde heran und wurde in den frühen 2010er Jahren als eines der zentralen institutionellen Vehikel etabliert. Die zunehmende Durchsetzungsfähigkeit der Präsidentschaft auf den höchsten Ebenen der russischen Bürokratie spiegelte sich allmählich in einer immer größeren Zahl von Gouverneuren, Politikern, Präsidentschaftsbevollmächtigten (»полпреды«) in den Föderalbezirken wider, die früher Funktionäre in der Präsidentschaft waren.

Die in den 2000er Jahren erfolgte Zentralisierung in Richtung Präsidentschaft bedeutete im Gegenzug eine Schwächung der Autonomie und der Funktionen anderer politischer Institutionen in Russland – des

Parlaments, der Gouverneure, von Wahlen mit Wettbewerb, des Verfassungsgerichts, der unabhängigen Medien. Sie sorgte aber auch für eine rasche Zunahme institutioneller Ersatzstrukturen in Russland. Im Zuge des Niedergangs liberaler demokratischer Institutionen, die kritische Informationen bereitstellen, um die öffentliche Meinung auszuloten oder Interessen der Eliten zu interpretieren, entwickelte das Regime zunehmend Alternativen. Strukturen wie die auf die Zivilgesellschaft ausgerichtete Gesellschaftskammern, der Parteiersatz »Allrussische Volksfront« oder die anhaltende Unterstützung für ausgiebige Umfragekampagnen stellten sicher, dass die Regierung nicht etwas Entscheidendes verliert, wenn quer durch die ehemals dynamischen politischen Körperschaften, die nun autoritär ruhiggestellt werden, der Wundbrand einsetzt. In der Zeit bis 2012 bildete also die Institutionalisierung auf föderaler Ebene wie auch das weitere Setzen auf Informationsfluss und Interessenartikulation über Ersatz-Institutionen ein Gegengewicht zu dem Rückgang von politischem Wettbewerb und zur klaren politischen Dominanz der Exekutive.

Russlands politisches System: Auf dem Weg zu traditionellen Typologien

Nach 2012 geriet diese vorsichtige Balance einer Kontrolle durch ein institutionalisiertes Zentrum und einer wechselnden Reihe institutioneller Experimente jedoch ins Wanken. Zum Teil geschah dies aufgrund der konservativen Konsolidierung nach dem Protestwinter. Die Wiedereinführung von Gouverneurswahlen – eine Geste, um den Protestierenden entgegenzukommen – wurde durch noch stärkere Wahlmanipulation in den Regionen wieder ausgehöhlt. Gouverneure wurden weiterhin vor allem wegen ihrer Loyalität gegenüber dem Zentrum und weniger aufgrund ihrer Führungsqualitäten ausgesucht. Während die Gouverneure auch Ende der 2000er Jahre zunehmend auf diese Weise rekrutiert worden waren, gab es Mitte der 2010er Jahre immer mehr Gouverneure, die vorzeitig ersetzt wurden, und zwar durch Personen, die Putin persönlich nahestanden, und unter denen ehemalige Bodyguards und noch kuriosere Figuren waren. Dieser Wandel bei der Personalpolitik zugunsten von Leuten mit persönlichen Verbindungen zum Präsidenten erfolgte mit hohem Tempo auch außerhalb der Riege von Gouverneuren. So sind die neuen Leiter des FSB und der Präsidentschaftsadministration durch ihre früheren Posten als persönliche Assistenten des Präsidenten bekannt und verkörpern weniger einen eigenständigen Machtfaktor.

Dieser Schwenk in Richtung Personalisierung fiel zudem mit der Krise um die Ukraine und die Annexion der Krim zusammen, die in der Bevölkerung und in den Eliten eine massive Welle der Unterstützung für den Präsidenten auslöste – und die Tendenz einer zunehmenden

Hörigkeit gegenüber dem Zentrum beschleunigte. Die Entscheidung zur Annexion ist Berichten zufolge vom Präsidenten und einer Handvoll enger Freunde getroffen worden, darunter der mittlerweile ehemalige Chef der Russischen Eisenbahn, der normalerweise wenig mit außenpolitischen Entscheidungen befasst ist. Die Eliten wurden hinsichtlich der Krim-Politik bis zuletzt im Unklaren gehalten, was zu planlosen und verwirrenden Szenen im Föderationsrat führte, der bereitwillig alles verabschieden wollte, was immer der Präsident verlangte, solange dieser nur sagte, worum es eigentlich ging.

Die extreme Folgsamkeit anderer Institutionen vor präsidentialen Entscheidungsprozessen hinter verschlossenen Türen war wohl am interessantesten bei den technokratischen Ministerien zu beobachten. Deren orthodoxe liberale Wirtschaftsrezepte wurden wiederholt durch protektionistische und wirtschaftsschädliche Präferenzen zugunsten von Importsubstitution ausgehebelt, die direkt vom Präsidenten und aus den Geheimdiensten kamen. Der Umstand, dass es zwischen den Institutionen keine echte Auseinandersetzung um die Gegensanktionen gab, demonstriert, dass der Raum nun ein substantiell anderer war als noch bei den heftigen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der 2000er Jahre. Die Achtung vor den Ansichten des Präsidenten selbst bei technokratischen Fragen steht im klaren Kontrast zur Vergangenheit, als die Wirtschaft oft der einzige Bereich war, in dem es öffentliche Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen unter Regierungsbeamten und Behörden gab.

Auch die skurrilste der institutionellen Dynamiken der Phase nach den Protesten – die neu entdeckte Rolle des russischen Parlaments als »wildgewordener Drucker« repressiver, sozialkonservativer und die Rechte beschneidender Gesetze – hat eine neue Wendung genommen. Der neue Parlamentspräsident Wjatscheslaw Wolodin hat dem Duma-Chaos von 2013 bis 2015 ganz wesentlich die Spitze genommen. Wolodin betrachtet dieses überlebte politische Organ eher als persönliche Domäne denn als potentiell Gegengewicht oder eigenständige politische Institution. Er strebt eher eine Bürokratisierung und Willfährigkeit des Parlaments an. Der neue Personalismus des Regimes drückt sich also in quasi-feudalen Beziehungen aus – zwischen Wolodin und eifrigen Dumaabgeordneten genauso wie zwischen Putin und dem Staat im weiteren Sinne, wobei Ersterer ein treuer Diener des Zweiten ist.

Bis Mitte der 2010er Jahre ist quer durch das politische System eine verstärkte Personalisierung sichtbar geworden. Es sieht so aus, als würde dieser sich auch nach dem zu erwartenden Sieg für Putin in dessen vierter Amtszeit weiter intensivieren. Die Entscheidungsprozesse sind starr und intransparent bei einem sehr kleinen Zirkel um den Präsidenten angesiedelt, der von russischen Polittechnologien und Beobachtern wechsel-

weise als »Politbüro 2.0« oder als »Zarenhof« bezeichnet wird. Die auf breiter Linie erfolgte Tendenz des russischen Regimes der 2000er Jahre zur Zentralisierung und hin zu einer Wahrnehmung, dass öffentliche Politiker vor allem loyalitätsgebundene Figuren sind, hat sich erheblich verstärkt, insbesondere hinsichtlich der Gouverneure und hohen Regierungsbeamten. Die Artikulierung von Interessen ist selbst bei autoritären politischen Organen einem höheren Maße rein persönlicher Beziehungen gewichen. Sogar das Militär hat diesen neuen Personalismus erfahren müssen, als der Präsident per Dekret die Gründung einer völlig neuen Struktur, der Nationalgarde, anordnete, die eine beträchtliche Stärke aufweist und nur ihm unterstellt ist. Die Schaffung prätorischer militärischer Institutionen wie der Nationalgarde sind klassische Manöver – wie aus dem Lehrbuch personalistischer Diktaturen anderer Epochen.

Fazit

Was ist nun das Ergebnis dieser Abkehr vom älteren Modell des russischen Autoritarismus, das auf einer starken Institutionalisierung bürokratischer Macht beruhte, vermischt mit experimentellen und wechselnden Ersatzinstitutionen für den Informationsfluss und die Artikulation von Interessen? Personalisierung in Gestalt von Putin und der zunehmende Einsatz von Loyalität als *sine qua non* bei Personalentscheidungen quer durch das System stellen eine fundamentale Herausforderung dar. Solange der Bezugspunkt des höchst personalistischen Systems im Amt ist, kann das System eine erhebliche Stabilität erfahren – trotz Gefahren durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, außenpolitische Niederlagen oder übermäßige Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Je stärker jedoch der Personalismus ist, umso stärker degenerieren stützende Institutionen aufgrund einer Verkümmern des qualifizierten Humankapitals, der Kultivierung von Führerschaft und formalisierter prozeduraler Interaktion. Je weniger Institutionen unabhängig von patronalen Bindungen existieren, die vom absoluten Zentrum des Staates ausgehen, umso weniger werden sie das Potential haben, auf Geschehnisse zu reagieren und den eigenen Interessen folgend zu handeln, falls das Zentrum schließlich wegfällt. Da Russland sich weiter in Richtung einer rein personalistischen Form des Autoritarismus bewegt, wird die Gefahr noch größer, dass sich ein Russland nach Putin in einem ernststen Chaos wiederfindet, wenn potentielle Nachfolger erkennen, dass die Regeln des autoritären Spiels in der Luft hängen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Julian G. Waller ist Doktorand an der Fakultät für Politikwissenschaft der George-Washington-Universität und Gastwissenschaftler am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin.

Lesetipps

- Robinson, Neil: Russian Neo-patrimonialism and Putin's 'Cultural Turn', in: *Europe-Asia Studies* 69, Nr. 2, 2017, S. 348–366.
- Petrov, Nikolay, Maria Lipman, and Henry E. Hale: Three Dilemmas of Hybrid Regime Governance: Russia from Putin to Putin, in: *Post-Soviet Affairs* 30, Nr. 1, 2014, S. 1–26.
- Gel'man, Vladimir: The Vicious Circle of Post-Soviet Neopatrimonialism in Russia, in: *Post-Soviet Affairs* 32, Nr. 5, 2016, S. 455–473.
- Burkhardt, Fabian: The Institutionalization of Relative Advantage: Formal Institutions, Subconstitutional Presidential Powers, and the Rise of Authoritarian Politics in Russia, 1994–2012, in: *Post-Soviet Affairs* 33, Nr. 6, 2017, S. 472–495.
- Smyth, Regina: The Putin Factor: Personalism, Protest, and Regime Stability in Russia, in: *Politics & Policy* 42, Nr. 4, 2014, S. 567–592.
- White, David, and Marc Herzog: Examining State Capacity in the Context of Electoral Authoritarianism, Regime Formation and Consolidation in Russia and Turkey, in: *Southeast European and Black Sea Studies* 16, Nr. 4, 2016, S. 551–569.

KOMMENTAR

Warum hat Putin den Kurs geändert?

Dmitrij Trawin, St. Petersburg

Zusammenfassung

Seit 2012 – als Wladimir Putin seine dritte Amtszeit antrat – hat sich das politische Klima in Russland erheblich verschärft und haben sich die politischen Debatten stark ideologisiert. Der Grund dafür ist in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu suchen. Während in den beiden ersten Amtsperioden Putins deutliche Verbesserungen im Leben der Menschen zu verzeichnen waren, stagnierte ab 2009 die wirtschaftliche Entwicklung – und mit ihr die Zustimmung für das Regime Putin. 2013 war die russische Wirtschaft an einem kritischen Punkt angekommen, doch mit der Annexion der Krim konnte Putin seine Machtposition im Land festigen. Für die Zeit nach Putin – das lehrt die Geschichte – dürfte Russland sich wieder stärker dem Westen zuwenden, falls die dortigen Krisen nicht dazu führen, dass der undemokratische, aber wirtschaftlich dynamische Osten zum attrakti-

ven Vorbild gerät.

Putins harter Kurs: Ratlosigkeit oder Kampf den inneren und äußeren Feinden?

In den letzten Jahren hat sich das Putinsche Regime erheblich verhärtet. Lässt sich also sagen (wie das derzeit viele Gegner Putins tun), dass der russische Präsident ratlos und nicht mehr »adäquat« ist, dass er nicht versteht, wie das Land in einer Krisensituation zu regieren ist? Wohl kaum. Viele Diktatoren der Vergangenheit konnten von einer solchen »Inadäquatheit« nur träumen. Oft verloren sie ihre hohen Posten, weil sie die Zunei-

gung der Bevölkerung verloren hatten. Putin hingegen hat seine Position in den letzten Jahren noch stärken können. Die Zustimmungswerte für seinen Kurs sind äußerst hoch.

Lässt sich also sagen (wie das viele Anhänger Putins tun), dass der russische Präsident, wenn er seinen politischen Kurs verschärft, damit lediglich auf die hinterhältigen Machenschaften der inneren wie äußeren Feinde reagiert? Wohl kaum. Wenn die »Feinde« die Positionen des Regimes früher nicht untergraben haben, warum sollten sie jetzt aktiv geworden sein? Auf diese Frage hat Putin keine Antwort. Zu sehr erinnert die derzei-

tige Fahndung nach ideellen Feinden, Verrätern an der Nation und ausländischen Agenten an die Stalinsche Theorie von der Zuspitzung des Klassenkampfes, die mit der Bewegung hin zum Sozialismus zunehme. An jene Theorie, mit deren Hilfe Stalin seine Macht festigte.

Versuchen wir also, das Geschehen in Russland auf andere Weise einzuordnen. Anstelle von Hypothesen zur Person Putin – reitet er das Vaterland nun ins Verderben oder rettet er es? – sollte man sich objektive Wirtschaftsindikatoren anschauen. Merkwürdigerweise werden die politischen Wirren der letzten Zeit in vollem Maße vom Stand der wirtschaftlichen Probleme bestimmt.

Wirtschaftswachstum und Stagnation

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug von 1999 (als Putin erstmals Ministerpräsident wurde und im Grunde seinen Präsidentschaftswahlkampf begann) bis 2008 (als Russland in eine ernste Wirtschaftskrise geriet) durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr (siehe Grafik 3 auf S. 15). Das war ein deutlicher Erfolg des Wirtschaftssystems der Reformperiode. Die bereits Anfang der 1990er Jahre unter Jegor Gajdar geschaffene Marktwirtschaft hatte im Zusammenspiel mit den hohen Ölpreisen endlich Früchte getragen. Das Wachstum des BIP sorgte darüber hinaus für einen Anstieg der Realeinkommen der Bevölkerung. Die ganz überwiegende Mehrheit lebte nun erheblich besser. Und auch wenn Russland in dieser kurzen Zeit natürlich nicht voll zu den wohlhabenden Ländern der Welt aufschließen konnte, so war der Kontrast zur Zeit der schweren Entbehrungen der 1990er Jahre wirklich frappierend.

Was geschah dann? Das Wirtschaftswachstum betrug von 2009 bis 2014 durchschnittlich nur mehr ein Prozent. Der wirtschaftliche Einbruch durch die Krise wurde von einem drei bis vier Jahre andauernden, schwachen Aufschwung abgelöst. 2015 rutschte Russland erneut in eine echte Wirtschaftskrise, bei der das BIP um 2,8 Prozent und in der Folge das Realeinkommen der Bevölkerung zurückgingen. Der Energiemarkt brach zusammen, Der Automarkt ebenfalls. Der Auslandstourismus kollabierte. Der Immobilienmarkt stagnierte: Die Bauherren bauten die Häuser zu Ende, konnten den Wohnraum aber nicht zu den bisherigen Preisen verkaufen. Viele begannen ernsthaft zu sparen, sogar am Essen. Und auch wenn die angelegten Stabilitätsreserven des Wirtschaftssystems Russland weiterhin vor einem Abgleiten in die Armut bewahren, so könnte selbst der überzeugteste aller Anhänger Putins und dessen politischen Kurses nichts Gutes über die derzeitige Lage der Dinge sagen. Die Daten für 2017 zeigen, dass sich Russland aus der Rezession in eine Stagnation hineinbewegt hat. Das BIP ist leicht gewachsen, doch betrug dieses Wachstum nur rund die Hälfte des durchschnittlichen Wachstums weltweit.

In der ersten Phase der Ära Putin (1999–2008) hatten die Wähler reale Gründe gehabt, das amtierende Regime zu unterstützen. Die Erfolge waren natürlich nicht unmittelbar auf Wladimir Putin zurückzuführen, sondern Folge der marktwirtschaftlichen Reformen in den 1990er Jahren, im Zusammenspiel mit teurem Öl und einer Abwertung [des Rubel]. Vom Durchschnittswähler allerdings wurden derlei feine Details wohl kaum wahrgenommen. Dieser dankte die Erfolge dem Präsidenten des Landes und gab ihm bei den Wahlen seine Stimme.

In der zweiten Phase von 2009 bis heute, die auch das vierjährige Zwischenspiel umfasst, bei dem Dmitrij Medwedew formal Präsident war, schwanden allmählich die realen Gründe für eine Unterstützung des allgemeinen Kremlkurses. Es gab bald absolut nichts mehr, wofür man dem Regime danken könnte, weil das Leben nicht mehr besser wurde.

Bei einer derartigen Wendung der Dinge beginnen die Leute in demokratischen politischen Systemen für die Opposition zu stimmen. Putin hätte aber wohl kaum einen echten, vollendeten Abgang geduldet. Es ist zu spüren, dass er gewillt ist, Russland noch recht lange zu regieren. Er musste nun also wirksame Mittel zur Sicherung seiner persönlichen Macht finden. Dazu musste ein neues politisches System eingerichtet werden, und zwar auf eine Art, die es von wirtschaftlichen Perspektiven unabhängig machte, damit es auch Krisenzeiten überstehen würde.

Russland 2013: wirtschaftliche Probleme als Gefahr für den Präsidenten

All das wurde auch tatsächlich unternommen. Das politische Regime wurde seit 2012 verschärft und in stärkerem Maße ideologisiert. Die Manipulation der Wahlen und in den Medien wurde erbarmungslos. Die Hauptsache aber war, dass Russland die Krim annektierte. Die Tatsache, dass das ausgerechnet 2014 geschah, ist nicht allein durch die revolutionären Ereignisse in der Ukraine zu erklären, sondern auch durch die Probleme, die es in Russland selbst gab.

Die Wirtschaft Russlands war im ausgehenden Jahr 2013 an einem kritischen Punkt angelangt. Bis zu diesem Moment waren die Optimisten (und von denen gab es in Russland nicht wenige) davon ausgegangen, dass eine relativ normale wirtschaftliche Entwicklung trotzdem möglich ist, und sei es aufgrund weiterhin recht hoher Preise für Öl und Gas, der wichtigsten Exportposten Russlands. Die Zeit nach der Krise (2010–2012) schien das bestätigt zu haben. In jenen Jahren hatte das Wirtschaftswachstum drei bis vier Prozent betragen. Und obwohl das – verglichen mit den sieben Prozent vor der Krise – ein schwaches Ergebnis war, so konnte die Bevölkerung sich normal ernähren, sich neue Importautos kaufen, im Ausland Urlaub machen und sich sogar mit Hilfe von Hypotheken Wohnungen kaufen.

Die Ergebnisse des Jahres 2013 zerstörten solche optimistischen Vorstellungen. Trotz hoher Ölpreise, die zwischen 100 und 110 US-Dollar pro Barrel schwankten, gab es praktisch kein Wachstum des BIP mehr. Genauer gesagt, betrug es etwas mehr als ein Prozent, was für ein Schwellenland, das zu Europa aufschließen will, ein äußerst schwaches Ergebnis darstellt.

Qualifizierte Experten des Kreml waren sich wohl darüber im Klaren, dass eine Zunahme der wirtschaftlichen Probleme allmählich zu einem Rückgang der Umfragewerte des Präsidenten führen würde. Einen Einbruch des Rubelkurses und der Wirtschaft hatte man damals womöglich nicht erwartet, weil man noch nicht wusste, was mit dem Ölpreis 2014–2015 geschehen würde. Selbst eine anhaltende Stagnation hätte für das politische Überleben Putins eine Gefahr bedeutet.

Wenn die russische Wirtschaft fünf Jahre vor den Präsidentschaftswahlen ihr Wachstum eingestellt hätte, hätte es womöglich für das Staatsoberhaupt 2018 schwer werden können, wiedergewählt zu werden. Und wenn die Stagnation plötzlich in eine Krise umgeschlagen wäre (wie es dann praktisch auch geschah), dann wären auch Putins Aussichten höchst ungewiss gewesen. Es wurde etwas gebraucht, das die Bevölkerung beseelen würde. Die Bevölkerung musste dazu gebracht werden, die »kleinen« Schwierigkeiten des Alltags zu vergessen. Es musste den Leuten das Gefühl gegeben werden, dass ihre Opfer nichts mit der Miswirtschaft und der Korruption des Regimes zu tun haben, sondern mit der Erfüllung irgendeiner großen Mission und den Machenschaften von Feinden aller Art.

Die Krim als Ablenkung fürs Volk

Oft wird zur Lösung solcher Probleme ein kleiner siegreicher Krieg geführt. Die Herrscher versuchen es so einzurichten, dass die Bevölkerung von militärischen und politischen Erfolgen beseelt ist, dabei aber nicht allzu große Opfer bringen muss. Russland verfügte bereits über die Erfahrung eines kleinen siegreichen Krieges: 2008 war es gelungen, Georgien in nur fünf Tagen niederzuringen. Neben Georgien waren noch einige andere Punkte verblieben, an denen man hätte mit Gewalt vorgehen können. Es ist schwer abzuschätzen, welche Pläne der Kreml seinerzeit in der Schublade hatte, doch ergab es sich, dass das Leben plötzlich von allein die Richtung wies, in der man vorzugehen hatte. Das russlandfreundliche Regime von Viktor Janukowytsch in der Ukraine stürzte plötzlich, wobei zugebenermaßen die Legitimität des Vorgehens der Revolutionäre ernste Zweifel hervorrief. In einigen Regionen der Ukraine war die Ablehnung der revolutionären Aktionen in Kiew beträchtlich. Das konnte der Kreml für sich nutzen.

Die russische Führung beschloss die Krim einzunehmen. Was die Manipulation des Bewusstseins der Bevöl-

kerung anbelangt, so erwies sich das als höchst gelungene Entscheidung. Die ukrainische Armee war noch weniger einsatzfähig, als es die georgische im Jahr 2008 gewesen war. Die Krim wollte nach Russland, und zwar sowohl wegen der Furcht vor Maßnahmen der ukrainischen Regierung, als auch aufgrund von Hoffnungen auf eine finanzielle Unterstützung durch den Kreml und eine Erhöhung der Gehälter und Renten. Und die patriotische Öffentlichkeit in Russland nahm die Rückkehr der Länder, die als urrussisch [bezogen auf den Staat; d. Red] galten – und die zudem der »sakrale Ort« waren, an dem die Taufe der Rus vollzogen wurde –, als Akt höherer Gerechtigkeit wahr, als eine Art Erfüllung einer Mission.

Im Grunde kam es nicht einmal richtig zu einem kleinen siegreichen Krieg. Die Krim wurde sehr schnell besetzt, und die Umfragewerte von Putin gingen steil nach oben (siehe Umfragen auf S. 23–27). Rein praktisch gesehen, hat von dieser Operation allein der Kreml profitiert, der alle Kosten auf Russland als Ganzes abwälzte und sich selbst den Gewinn sicherte.

Die Aufgabe, die mit Hilfe und wegen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zu lösen war, wurde von den Politologen des Kreml mit Hilfe der Außenpolitik hervorragend gelöst. Nach dem Erfolg mit der Krim konnte Putin getrost nicht nur in eine Stagnation ziehen, sondern sogar in eine ernste Wirtschaftskrise. Das Volk entthob den Präsidenten jeder Verantwortung für die Wirtschaft, indem sie diese den Bürokraten und Oligarchen zuschob. Der Weg zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2018 war frei.

Allem Anschein nach wird Putin Russland noch lange regieren. Seine Machtpositionen wurden weder durch die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erschüttert, noch durch die Sanktionen des Westens. Dennoch wird die Herrschaft des derzeitigen Präsidenten nicht ewig dauern können. Putin wird früher oder später abtreten, und dann wird erneut die Frage der Demokratisierung, neuer Wirtschaftsreformen und der Wahl des strategischen Pfades auf die Agenda Russlands rücken. Dann wird die Frage sein, inwieweit dieser Weg ein westlicher sein wird. Und die Frage, ob Russland ein autoritäres Land bleiben wird, das europäische Werte nicht annimmt. Die Antwort auf diese Fragen hängt nicht allein von Russland ab, sondern auch von den Ländern des Westens, die für die Reformatoren in Russland ein positives Beispiel sein können – oder eben auch nicht.

Vom Westen lernen ... Demokratie und Tyrannei

Wendet man sich der Geschichte zu, stellt man unweigerlich fest, dass der Westen für die Entwicklung Russlands stets ein Vorbild abgab. Die Praxis, von dort stets das Beste zu übernehmen, hatte sich bereits unter Peter dem Großen etabliert, der Anfang des 18. Jahrhunderts herrschte.

Die Merkmale dessen, was man übernahm, wurde aber jeweils von jenen Tendenzen bestimmt, die in Europa aktuell vorherrschten. Die Russen haben vom Westen die Demokratie übernommen aber auch die Tyrannei, je nachdem, was in der jeweiligen Epoche Mode war.

Peter der Große war zweifellos ein absolutistischer Monarch. Der petrinsche Despotismus wurde lediglich in eine nationale Hülle verpackt. Die Grundlage blieb gleichwohl europäisch. Das 18. Jahrhundert hatte in Frankreich, Spanien, Preußen und Schweden absolutistische Staaten entstehen lassen. Und der russische Zar hat das übernommen und auf eine Art mit der russischen Leibeigenschaft verknüpft, wie es ihm gelegen kam.

Die Bolschewiki, die vor hundert Jahren die Revolution ins Werk setzten, hatten ihren Marxismus natürlich auch im Westen gelernt. Dort war gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Sorge um das Volk in Mode gekommen. Diese Ideen wurden von Lenin und Stalin als Grundlage übernommen und in stark entstellter Form umgesetzt, in Gestalt von Massenrepressionen.

Anders als die Despoten hat Alexander II. die Idee der Freiheit verfolgt. 1861 schaffte er die Leibeigenschaft ab. Das gelang ihm, weil die Mitte des 19. Jahrhunderts für Europa eine Epoche des maximalen Liberalismus war. Der Absolutismus gehörte bereits der Geschichte an und die autoritären und totalitären Regime des 20. Jahrhunderts waren noch nicht geboren. Also hatte der Westen Russland erneut ein Entwicklungsmodell vorgeführt.

Michail Gorbatschow betrieb die Politik der Perestroika, als der gesamten zivilisierten Welt klar war, dass der sowjetische Sozialismus GULAG und Warenmangel bedeutete, und keineswegs die Sorge um den einfachen Menschen. Im Westen kamen mit den 1980er Jahren neoliberale Ideen in Mode, die vorübergehend Vorstellungen von einer staatlichen Regulierung verdrängten. Gorbatschow wusste kaum, was er eigentlich aufbauen wollte, und er reformierte den Sozialismus, indem er aus Europa jene Staatselemente übernahm, die ihm effektiv erschienen.

Es ist wichtig, dies alles zu berücksichtigen, will man verstehen, wie sich die Gesellschaft in Russland nach Putins Abtritt verändern wird, wenn das Land ein weiteres Mal den Ausweg aus einer Systemkrise suchen muss.

Die Länder des Westens waren reicher als Russland und werden das natürlich auch bleiben. Umso mehr, als die Jahre, die das Land noch von Putin regiert werden wird, keine leichten werden dürften. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die russische Wirtschaft weiterhin stagnieren und sich der Rückstand zum Westen weiter verstärken. Die Attraktivität des westlichen Modells wird dabei nicht nur von formalen Vergleichen abhängen, die aufgrund von Indikatoren wie dem BIP pro Kopf angestellt werden. Wichtiger ist die subjektive Wahr-

nehmung. Werden die neuen Führungspersonlichkeiten, die Putin nachfolgen werden, der Ansicht sein, dass der Westen weiterhin einen Aufschwung erlebt? Oder werden sie davon ausgehen, dass sich Europa im Niedergang befindet und nicht in der Lage ist, seine vielzähligen Widersprüche zu überwinden?

Falls die westliche Demokratie sich dann zu gegebenener Zeit als stark und stabil erweisen sollte, dürfte das Russland nach Putin erneut eine Wendung nach Westen unternehmen, in dem Bestreben, endlich jene Institutionen (Spielregeln) zu etablieren, durch die die zivilisierte Welt erfolgreich wurde. Falls die westliche Demokratie aber erneut in einer Krise stecken sollte, könnten Russlands neue Führer versucht sein, ein anderes Modell als Vorbild zu nehmen.

Leider sind recht viele Anzeichen einer Krise auszumachen.

Die Krise(n) des Westens

Als Erstes ist die Pyramide der Staatsschulden zu nennen, die sich – angefangen bei den USA – über der gesamten Welt erhebt. Der Westen lebt über seine Verhältnisse, indem er erheblich mehr verbraucht, als er produziert. Die Putinsche Propaganda arbeitet ständig mit diesem Umstand. Selbst einfache Leute ohne höhere Bildung sprechen (nach Vorlagen aus dem Fernsehen) oft von diesen Problemen des Westens. Falls sich das Schuldenproblem im Westen ausgerechnet in jenem Moment drastisch zuspitzen sollte, in dem Russland ein weiteres Mal über seinen zukünftigen Weg zu entscheiden hat, dürfte für geraume Zeit keine westliche Entwicklung der russischen Politik zu erwarten sein.

Als Zweites wären da die aktuellen Migrationsfragen, die von den verschiedenen Staaten des Westens eher schlecht als recht bewältigt werden. Das wird alles aktiv in der Propaganda des Kreml eingesetzt. Alle Konflikte im Zusammenhang mit Migranten in westlichen Ländern werden in Russland breit diskutiert, wodurch Politiker an Popularität gewinnen, die hier für einen harten Kurs eintreten (siehe den Beitrag von Julia Glathe in dieser Ausgabe, S. 2–5).

Drittens ist an die Gefahren des Terrorismus zu erinnern, die immer weiter zunehmen. Viele Russen sind der Ansicht, dass Putin das Problem des Terrorismus mit Hilfe des Krieges in Tschetschenien gelöst habe, während die westliche Demokratie dieses Problem nicht bewältigt.

Viertens stellt die intensiv zunehmende Bürokratie der EU ein ernstes Problem dar, unabhängig davon, dass eine europäische Integration ein wichtiges und fortschrittliches Unterfangen ist. Immer öfter ist in Russland zu hören, dass es zwischen Putins Bürokratie und der Bürokratie im Westen keinerlei Unterschied gibt, und somit auch keine Demokratisierung vonnöten sei.

Fazit

Die oben aufgezählten Probleme dürften für den Westen wohl kaum fatal sein. Gleichwohl sollte man sich bewusst sein, dass es im Osten undemokratische, aber sich in wirtschaftlicher Hinsicht dynamisch entwickelnde Länder gibt (vor allem China), die für Russland ein attraktiveres Vorbild sein könnten als die Länder des Westens. Hinsichtlich des Lebensstandards wird es noch eine ganze Weile dauern, bis sie die weltweit führenden Nationen eingeholt haben. In Bezug auf die

Lebensumstände (minimale Staatsausgaben, minimale Staatsverschuldung, ein Minimum an Migranten, minimal Terroranschläge), könnten sie verlockend werden.

Die Putinsche Führung versucht schon seit langem, die Freundschaft Chinas zu gewinnen. Darüber hinaus besteht bei Putin auch noch die Hoffnung auf eine Ausöhnung mit dem Westen. Falls diese jedoch ausbleibt, könnte sich Russlands Wendung nach Osten verstärken.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

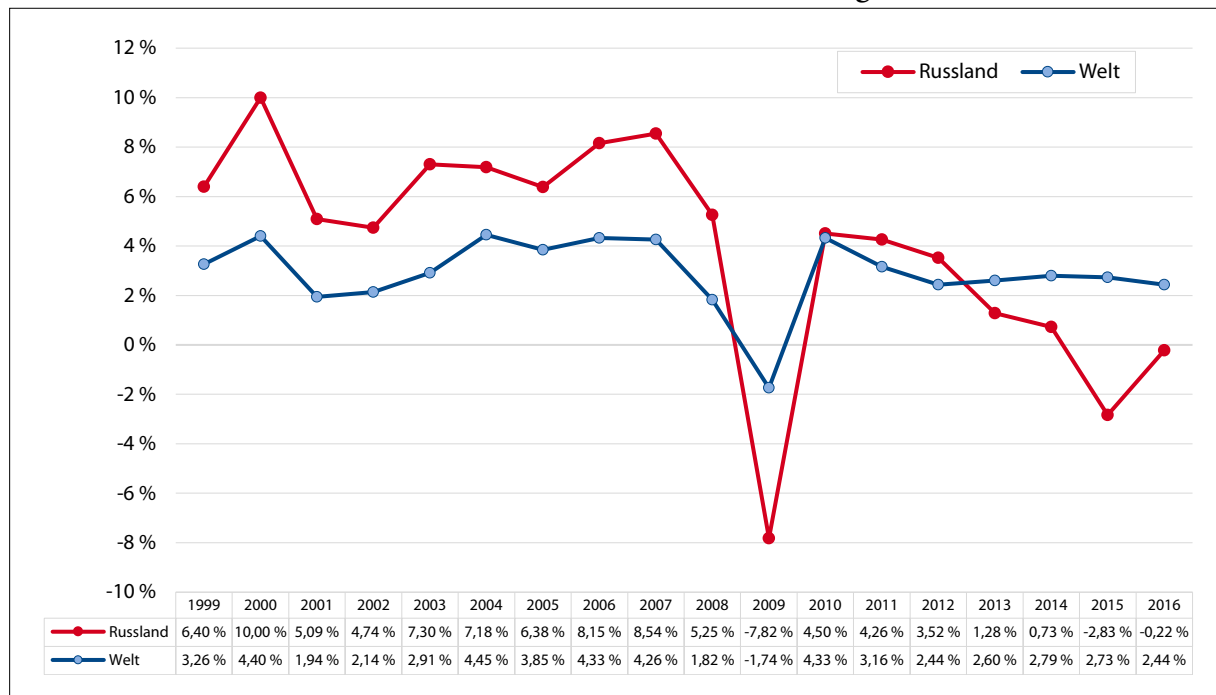
Über den Autor

Dmitrij Trawin ist Professor für Wirtschaft an der Europäischen Universität in St. Petersburg, wo er auch das Zentrum für Modernisierungsforschung leitet.

STATISTIK

Statistik zur Wirtschaftsentwicklung

Grafik 3: Die BIP-Wachstumsrate* Russlands und der Welt im Vergleich (1999–2016)



* Prozentänderung des realen BIP im Vergleich zum Vorjahr. Das reale BIP ist inflationsbereinigt.

Quelle: Weltbank, <goo.gl/31cTXu>

Putins Nachfolgeproblem

Jens Siegert, Moskau

Große Überraschung, Wladimir Putin kandidiert bei den kommenden Präsidentenwahlen erneut. Und noch größere Überraschung: Er wird gewinnen! Es trifft also ein, was alle angenommen haben, was so selbstverständlich ist, dass selbst die Idee, es hätte anders kommen können, nicht nur absurd, sondern schrecklich gewesen wäre. Hinter dieser Selbstverständlichkeit verbirgt sich aber ein großes Problem, für Putin wahrscheinlich das größte: Wladimir Putin kann gar nicht abtreten. Selbst wenn er nicht mehr kandidierte, müsste er trotzdem bleiben, wie 2008, als, nach zwei von der Verfassung erlaubten Amtszeiten, Dmitrij Medwedew für vier Jahre Präsident unter Premierminister Putin wurde.

Wladimir Putin ist so eng mit dem ja auch meist nach ihm benannten politischen System in Russland verbunden, dass es, jedenfalls ist das die Annahme vieler Beobachter, ohne ihn wohl zusammenbrechen würde. Anders und politologischer ausgedrückt, hat er es, so das stimmt, nicht geschafft, das Nachfolgeproblem zu lösen, also das Grundproblem jeder personalisierten autoritären politischen Herrschaft. Wie kann die Macht in solch einem System weitergegeben werden, ohne dessen Stabilität zu gefährden? In demokratischen politischen Systemen sind es die staatlichen Institutionen (sowie der Glaube an ihre Funktionsfähigkeit und dass sie richtig, beziehungsweise legitim sind), die das Nachfolgeproblem erst gar nicht entstehen lassen. Es gibt Wahlen und dann neue Staatsoberhäupter und Regierungschefs, die ihre Legitimität aus diesen anerkannten Verfahren ziehen.

Für autoritäre Systeme ist das Nachfolgeproblem auch nach dem Ende der meisten echten, also nicht konstitutionellen Monarchien weit schwieriger zu lösen. Auch wenn es, wie die Geschichte immer wieder zeigt, nicht unlösbar ist. Es geht zum Beispiel so, wie die Kommunistische Partei Chinas es bisher gemacht hat, mit ihren regelmäßigen Wechseln, im System vorgesehenen Wechseln an der Spitze (auch wenn sie sich jüngst mit der neuen Machtfülle von Xi Jinping auf möglicherweise gefährliche Abwege begeben hat). Beispiel par excellence außerhalb der kommunistischen Welt ist immer noch die mexikanische PRI (»Partei der Institutionalisierten Revolution«), die ebenfalls und noch vor den chinesischen Kommunisten die Präsidentenmacht auf streng eine Amtszeit begrenzt hatte und damit von 1929 bis 2000, also 71 Jahre an der Macht blieb. Bei den Chinesen funktioniert das (immer) noch. Die PRI musste freilich die Macht nach echten Wahlen abgeben.

Auch in Russland ist die Stabilisierung politischer Herrschaft im 20. Jahrhundert fast 70 Jahre lang gelun-

gen. Hier bildete die Kommunistische Partei (KPdSU) mit ihrem System des sogenannten *Demokratischen Zentralismus* (an sich schon ein Oxymoron) das Rückgrat. Sie und nur sie bestimmte nach zwar internen aber einigermaßen festen Regeln, wer bis ganz nach oben aufrücken konnte. Zwar gab es keine zeitliche Begrenzung der Herrschaftszeiten (bis auf den abgesetzten Nikita Chruschtschow und Michail Gorbatschow ganz am Ende konnten die Herrscher zuerst sterben und erst danach wurde die Nachfolge geregelt), aber es gab mit der KPdSU eine Institution, die sie zumindest formal und öffentlich rechenschaftspflichtig blieben und die stark (und klug) genug war, die Nachfolge ohne allzu große und vor allem allzu blutige Machtkämpfe zu regeln.

Nichts von alledem hat Wladimir Putin zur Verfügung und ist daran selbst schuld. Als die ersten postsowjetischen Versuche, eine neue »Partei der Macht« aufzubauen Mitte der 1990er Jahre nicht so recht erfolgreich verliefen (sie hieß damals »Unser Haus Russland« und war der Vorläufer der gegenwärtigen Kremlpartei »Einiges Russland«), klagte der damalige Premierminister Wiktor Tschernomyrdin, ein Aphoristiker vor dem Herrn, zwar halb im Scherz: Wie man es auch versuche, immer käme die KPdSU dabei heraus. Aber das Problem war ja gerade, dass schon damals gar keine Partei dabei herauskam, sondern maximal ein Präsidenten-Wahlverein. So ähnlich geht es auch Wladimir Putin mit dem »Einigen Russland«. Das hat vor allem damit zu tun, dass es die ausschließliche Funktion der Partei ist, den Präsidenten Putin zu unterstützen. Politik (und damit auch Ideologie) wird ausschließlich in der Präsidentenadministration gemacht.

Die Lage ist also umgekehrt wie in der Sowjetunion. Sollte die Partei sterben, bleibt alles beim Alten. Sollte aber Putin gehen (müssen), stirbt sehr wahrscheinlich auch die Partei. Doch nicht nur das. Das gesamte politische System bezieht seine Legitimität inzwischen fast ausschließlich aus der Popularität Wladimir Putins. Als Putin nicht Präsident war, sondern als Premierminister das Land führte, baute er sich dazu mit der sogenannten »Volksfront« eine Parallelstruktur zum Einigen Russland auf, die noch stärker ihm und nur ihm ergeben ist. Bisher ist es gut gegangen, die Stabilität des politischen Systems, ja des ganzen Landes an eine Person zu binden. Es bleibt aber ein grundsätzliches und eben auch ein ganz praktisches Problem.

Um das zu verdeutlichen, hier ein kurzer Rückblick: 2000 ist Wladimir Putin mit drei Versprechen angetre-

ten: die sogenannte *Machtvertikale* des Staates wiederherzustellen, einer *Herrschaft des Rechts* zum Durchbruch zu verhelfen und die *territoriale Integrität* des Landes (russisch: »zelostnost«) zu schützen. Mit den Zielen eins und drei reagierte Putin auf den in den 1990er Jahren seiner Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht nachkommenden Staat und die Furcht vor einem weiteren Zerfall Russlands nach dem Ende der Sowjetunion. Beide Ziele hat er in den Augen einer großen Mehrheit der Menschen im Land erreicht. Ziel zwei, die *Herrschaft des Rechts* ist dagegen nicht so recht vorangekommen. Man könnte sogar sagen, dass es statt der *Herrschaft des Rechts* heute eine *Herrschaft über das Recht* gibt.

Doch Letzteres hat sich als nicht sonderlich wichtig erwiesen. Der ohnehin auch in den 1990er Jahren nie sonderlich funktionierende und also auch nur wenig Legitimität generierende russische Rechtsstaat wurde durch das Wirtschaftswachstum der 2000er Jahre ersetzt. Aus diesem Gegensatz entstand der oft zitierte ungeschriebene *Gesellschaftsvertrag*, nach dem der Staat (also Putin) Politik monopolisiert und über den Reichtum des Landes nach seinem Gutdünken (auch dem Gutdünken, es ausgewählten sogenannten *Oligarchen* der 1990er Jahre zu nehmen und anderen zu lassen) verfügen kann, während er gleichzeitig dafür sorgt, dass es allen Menschen im Land (das *allen* ist wichtig) jedes Jahr wirtschaftlich ein wenig besser geht. Außerdem mischt er, der Staat, sich nicht in die privaten Angelegenheiten der Menschen ein. Putins Russland der 2000er Jahre war ein ausgesprochen unideologischer Staat, ein Staat, der von seinen Bürgern keine ideologische Gefolgschaft forderte, wohl aber politische Abstinenz.

Diese Konstruktion brach in Folge der Wirtschaftskrise ab 2009 zusammen. Immer weniger Menschen glauben seither an Putins wichtigstes Zukunftsversprechen, den stetigen wachsenden *Wohlstand für alle*. Sehr viele waren auch durch das nicht eingelöste Modernisierungsversprechen des Übergangspräsidenten Medwedew enttäuscht (Putin nahm das Wort »Modernisierung« in den Jahren des Medwedewschen Modernisierungsdiskurses kaum in den Mund). Der Rückwechsel von Medwedew zu Putin, die herrschaftliche Art seines Vollzugs und die dreisten Wahlfälschungen bei der Dumawahl am 4. Dezember 2011 brachten damals ein Fass zum Überlaufen. Die Proteste im Winter 2011/2012 waren die größten seit der Perestrojka und machten den Macht habenden richtig Angst. Metaphorisch gesprochen kündigten beiden Seiten den ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag. Die Protestierenden verlangten Beteiligung an der Politik. Der Staat antwortete mit einer Rückkehr von Ideologie und politischer Repression.

Das half zwar, die Macht zu sichern, aber der stetige, wenn auch langsame Rückgang der Zustimmung zu

Wladimir Putin in Meinungsumfragen, der 2010/2011 begonnen hatte, setzte sich trotzdem fort und wurde erst mit der Annexion der Krim, dem Krieg in der Ostukraine und der offenen Konfrontation mit dem Westen gestoppt. Das allerdings spektakulär erfolgreich. Seither schwebt Putin in selbst vorher nie erreichten Höhen von 80-Prozent-plus-Zustimmung.

Nun kontrastiert diese zeitweise fast euphorische Zustimmung eigentümlich mit der politischen und wirtschaftlichen Situation im Lande. Einer kleinen wirtschaftlichen Erholung bis 2013 folgte eine Rezession bis 2016. Erst dieses Jahr wird es wieder ein kleines Wachstum von 1,6 bis 1,8 Prozent geben, für 2018 erwarten die einen ein Wachstum von 2 Prozent, andere warnen vor einer Rückkehr der gerade erst überwundenen Rezession. Die Wende nach Osten, nach China, direkt nach der Krimannexion 2014 verkündet und mit einem Dumpinggasdeal besiegelt, kommt nicht so recht voran. Die Chinesen haben sich nicht als die erhofften Partner erwiesen, sondern nutzen nüchtern und hart die russische Not. Zudem sind die Investitionen in den vergangenen drei Jahren um 30 Prozent gefallen (ich beziehe mich hier und im Folgenden auf einen Vortrag von Natalja Subarewitsch beim 12. Grünen Russlandforum Anfang Dezember in Moskau). Mehr noch: Während die Investitionen im ohnehin reichen und bevorzugten Moskau, in St. Petersburg und in den Öl- und Gasregionen in diesem Zeitraum leicht gestiegen sind, sanken sie in den klassischen Industrieregionen noch stärker als im Mittel. Entsprechend hängt das Staatsbudget erneut zu mehr als 60 Prozent von den Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport ab und weist zudem ein deutliches *Sicherheitsungleichgewicht* auf: 23 Prozent für das Militär und weitere 12 Prozent für andere Sicherheitsdienste. Das vom Staatshaushalt zu stopfende Loch in der Rentenkasse hat mittlerweile 50 Prozent erreicht und wird demographisch bedingt weiterwachsen.

Trotz alledem bleibt die Zustimmung zu Putin in Umfragen hoch. Lew Gudkow, Direktor des »Lewada-Zentrums«, hat dafür eine einfache, mir aber einleuchtende Erklärung. Putin sei schlicht der »Präsident der letzten Hoffnung«. Wobei sich diese Hoffnung, unter staatlicher Regie, immer mehr auf die Vergangenheit denn auf die Zukunft zu beziehen scheint. Fast alle ideologischen Anstrengungen sind rückwärtsgewandt. Das gilt für das Propagieren traditioneller Werte ebenso wie für die Geschichtserzählung eines angeblich seit 1.000 Jahren von außen bedrohten Russland, dass sich immer nur verteidigt und dann moralisch einwandfreie Siege errungen habe. Erst der Deutschritterorden, dann fast zeitgleich, nur länger, die Tataren, dann die Polen und Litauer, dann die Schweden, Napoléon und zum Schluss wieder die Deutschen, jedes Jahrhundert hat Eindring-

linge gesehen, die nur mit der Einigkeit aller Russen abgewehrt werden konnte. Gudkow fasst zusammen, dass der Kreml unter Putin heute keine *Utopie einer hellen Zukunft* anbiete (wie noch die Bolschewiki), sondern nur noch die *Utopie einer hellen Vergangenheit*.

Was heißt das nun für die kommenden Wahlen? Die Zustimmung zu Wladimir Putin ist vor allem deshalb so hoch, weil viele Menschen in Russland es ihm zuschreiben, die (echten wie eingebildeten) Wunden der 1990er Jahre geheilt oder zumindest den von ihnen ausgehenden Schmerz mit dem Balsam angeblicher neuer russischer Größe gelindert zu haben. Putin ist also nicht nur, wie Gudkow sagt, ein »Präsident der letzten Hoffnung«, sondern zu einer Art Heilsbringer aufgestiegen. Genau so wird er von den staatlichen und den vom Staat kontrollierten Medien, also vor allem dem Fernsehen, präsentiert. Am vergangenen Wochenende fuhren die Fernsehmagazine zum Abschluss der politischen Woche groß auf: Ein Arzt, ein junger Freiwilliger, ein Arbeiter, ein Ingenieur, noch ein junger Freiwilliger, ein Offizier, eine Melkerin, noch ein Arbeiter, ein Traktorist, ein Wissenschaftler und wieder ein junger Freiwilliger, sie alle sangen das hohe Lied vom Präsidenten, der Russland wieder groß gemacht habe. Alles war schlecht, dann kam Putin und hat alles geheilt. Alles, was diese Leute geschafft und geschaffen haben, haben sie nur tun können, weil Putin ihnen zur Seite stand, ist die Botschaft. Sowjetischer geht es kaum. Und höher können die Laten auch kaum gelegt werden.

Denn das alles bedingt die Notwendigkeit, bei den kommenden Wahlen ein Ergebnis zu bekommen, das

diesem fast schon Heiligen-Status Putins entspricht. Die 63 Prozent, die er vor knapp sechs Jahren im Frühjahr 2012 erhalten hat, waren damals, nach den Winterprotesten und in einer – gemessen an den zuvor die Proteste auslösenden Dumawahlen – maßvoll manipulierten Wahl, ein Sieg über die aufmüpfige Opposition. Ein ähnliches Ergebnis im kommenden März würde angesichts der Zustimmung von 80 Prozent und mehr dagegen weithin als Niederlage interpretiert werden, mindestens aber als Beginn des Abstiegs. Schon jetzt beginnen überall die Diskussionen darüber, dass das wohl die letzte Amtszeit Putins sein werde und man nun beginnen müsse, sich auf die Zeit nach ihm vorzubereiten.

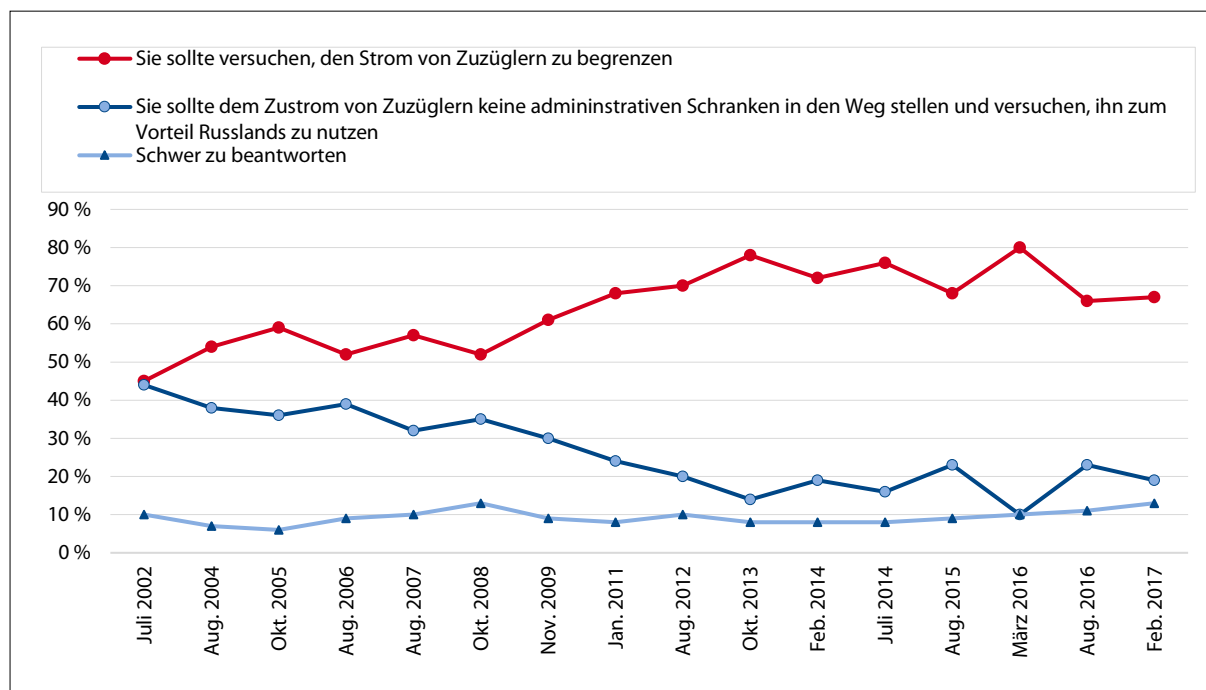
Hinzu kommt, dass der Kreml offenbar fürchtet, die Wahlen könnten von vielen Menschen erneut, wie vor sechs Jahren, als nicht legitim genug bewertet werden. Anfang Dezember versammelte der stellvertretende Kreml-Administrationschef Sergej Kirijenko alle stellvertretenden Gouverneure im Kreml. Sie sind in den Regionen für die Durchführung der Wahlen verantwortlich. Kirijenko mahnte saubere Wahlen an. Wer Wahlfälschungen zulasse, werde bestraft. Der Pressedienst des Kremls will uns das ausdrücklich wissen lassen. Die Botschaft soll dann wohl sein, dass das erwartete sehr gute Ergebnis von Wladimir Putin bei den Wahlen auch tatsächlich dem Volkswillen entspricht.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

UMFRAGE

Einstellungen zur Migration

Grafik 4: Was glauben Sie, sollte die russische Regierung versuchen, den Zustrom von Zuzüglern zu begrenzen, oder sollte sie ihm keine administrativen Hürden in den Weg stellen und versuchen, ihn zum Vorteil Russlands zu nutzen?



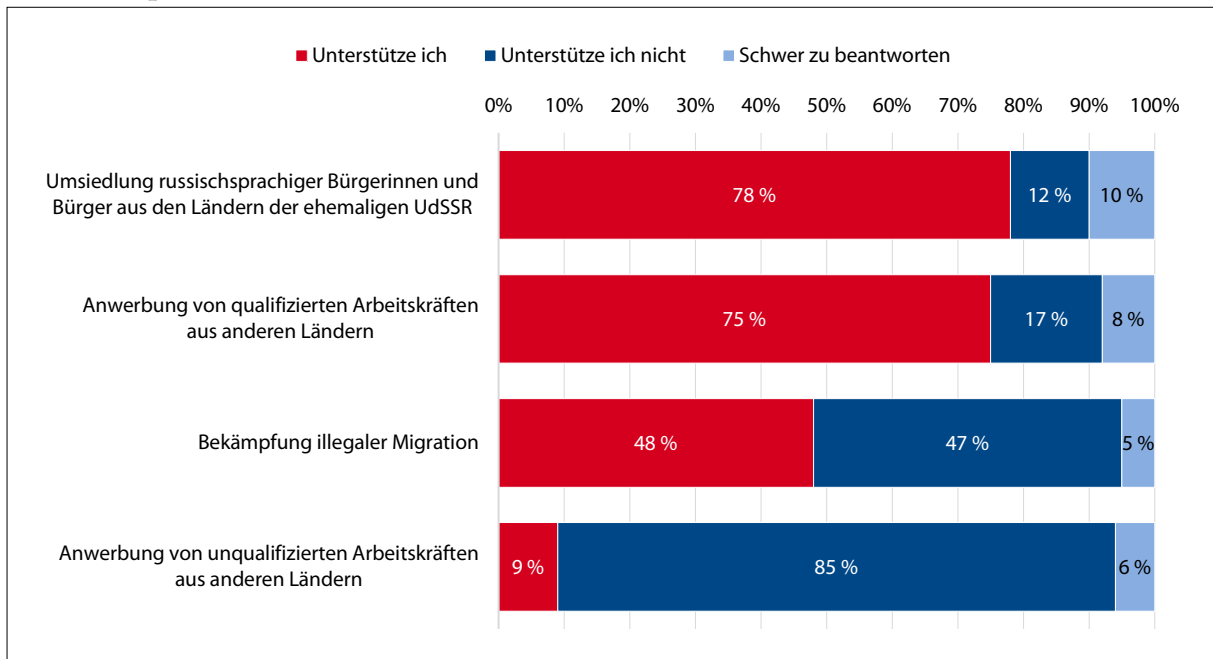
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/28/otnosheniek-trudovym-migrantam/>>, veröffentlicht am 28. April 2017

Tabelle 3: Was glauben Sie, sollte die russische Regierung versuchen, den Zustrom von Zuzüglern zu begrenzen, oder sollte sie ihm keine administrativen Hürden in den Weg stellen und versuchen, ihn zum Vorteil Russlands zu nutzen?

	Juli 2002	Aug. 2004	Okt. 2005	Aug. 2006	Aug. 2007	Okt. 2008	Nov. 2009	Jan. 2011	Aug. 2012	Okt. 2013	Feb. 2014	Juli 2014	Aug. 2015	März 2016	Aug. 2016	Feb. 2017
Sie sollte versuchen, den Strom von Zuzüglern zu begrenzen	45 %	54 %	59 %	52 %	57 %	52 %	61 %	68 %	70 %	78 %	72 %	76 %	68 %	80 %	66 %	67 %
Sie sollte dem Zustrom von Zuzüglern keine administrativen Schranken in den Weg stellen und versuchen, ihn zum Vorteil Russlands zu nutzen	44 %	38 %	36 %	39 %	32 %	35 %	30 %	24 %	20 %	14 %	19 %	16 %	23 %	10 %	23 %	19 %
Schwer zu beantworten	10 %	7 %	6 %	9 %	10 %	13 %	9 %	8 %	10 %	8 %	8 %	8 %	9 %	10 %	11 %	13 %

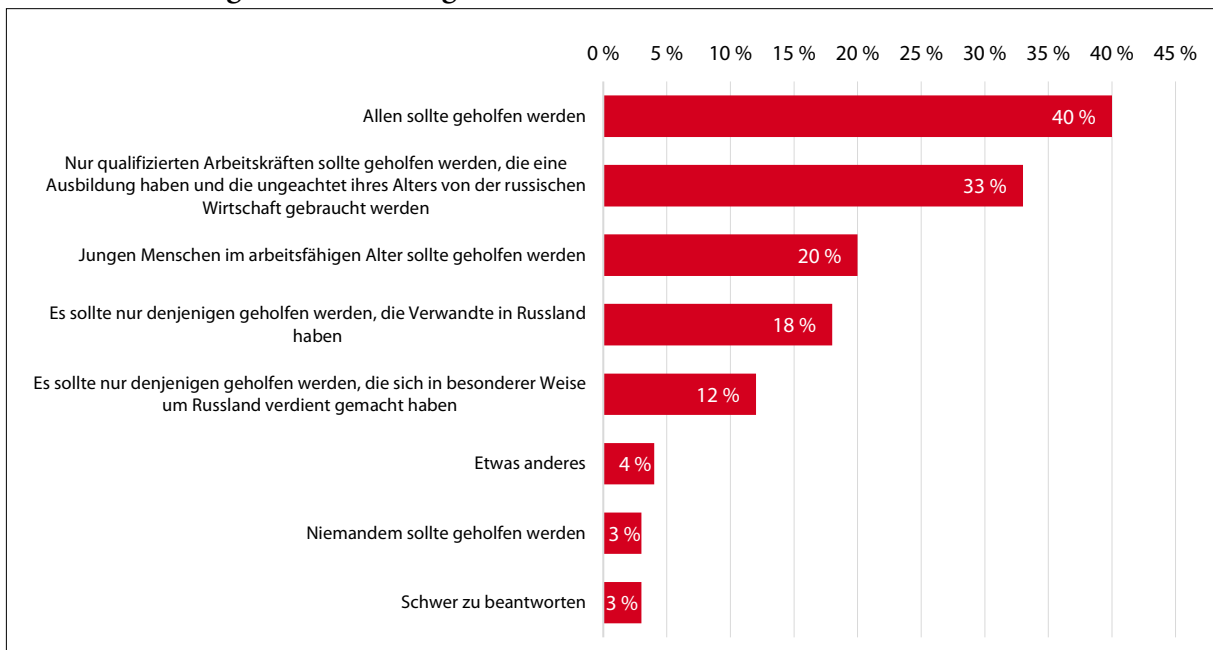
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/28/otnosheniek-trudovym-migrantam/>>, veröffentlicht am 28. April 2017

Grafik 5: Jedes Land betreibt seine eigene Migrationspolitik. Welche der folgenden migrationspolitischen Maßnahmen Russlands unterstützen Sie, und welche nicht?



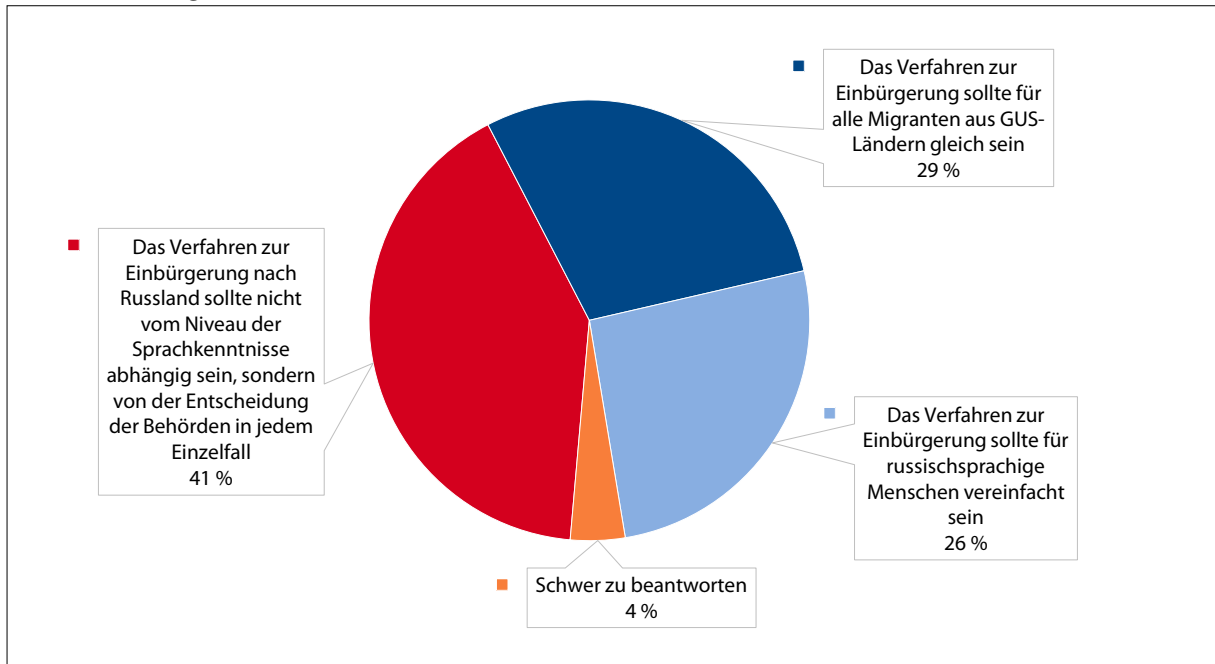
Quelle: repräsentative Umfrage des Allrussischen Zentrums der Erforschung der öffentlichen Meinung (WZIOM) vom 17.–18. Dezember 2016, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116121>>, veröffentlicht am 21. März 2017

Grafik 6: Welchen russischsprachigen Einwohnern der GUS-Länder sollte Ihrer Meinung beim Umzug nach Russland geholfen werden, wenn diese das wünschen?



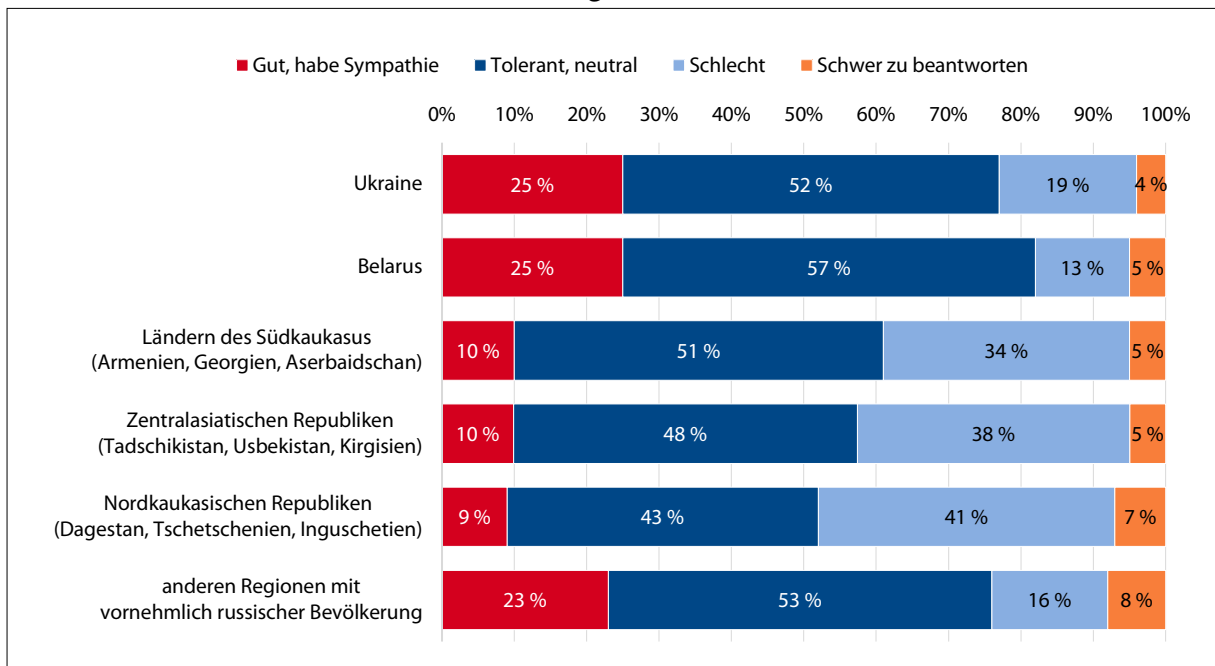
Quelle: repräsentative Umfrage des Allrussischen Zentrums der Erforschung der öffentlichen Meinung (WZIOM) vom 17.–18. Dezember 2016, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116121>>, veröffentlicht am 21. März 2017

Grafik 7: Sollte Ihrer Meinung nach das Verfahren zur Einbürgerung nach Russland für russischsprachige Menschen vereinfacht sein oder sollte es genauso wie für alle anderen Migranten aus GUS-Ländern sein?



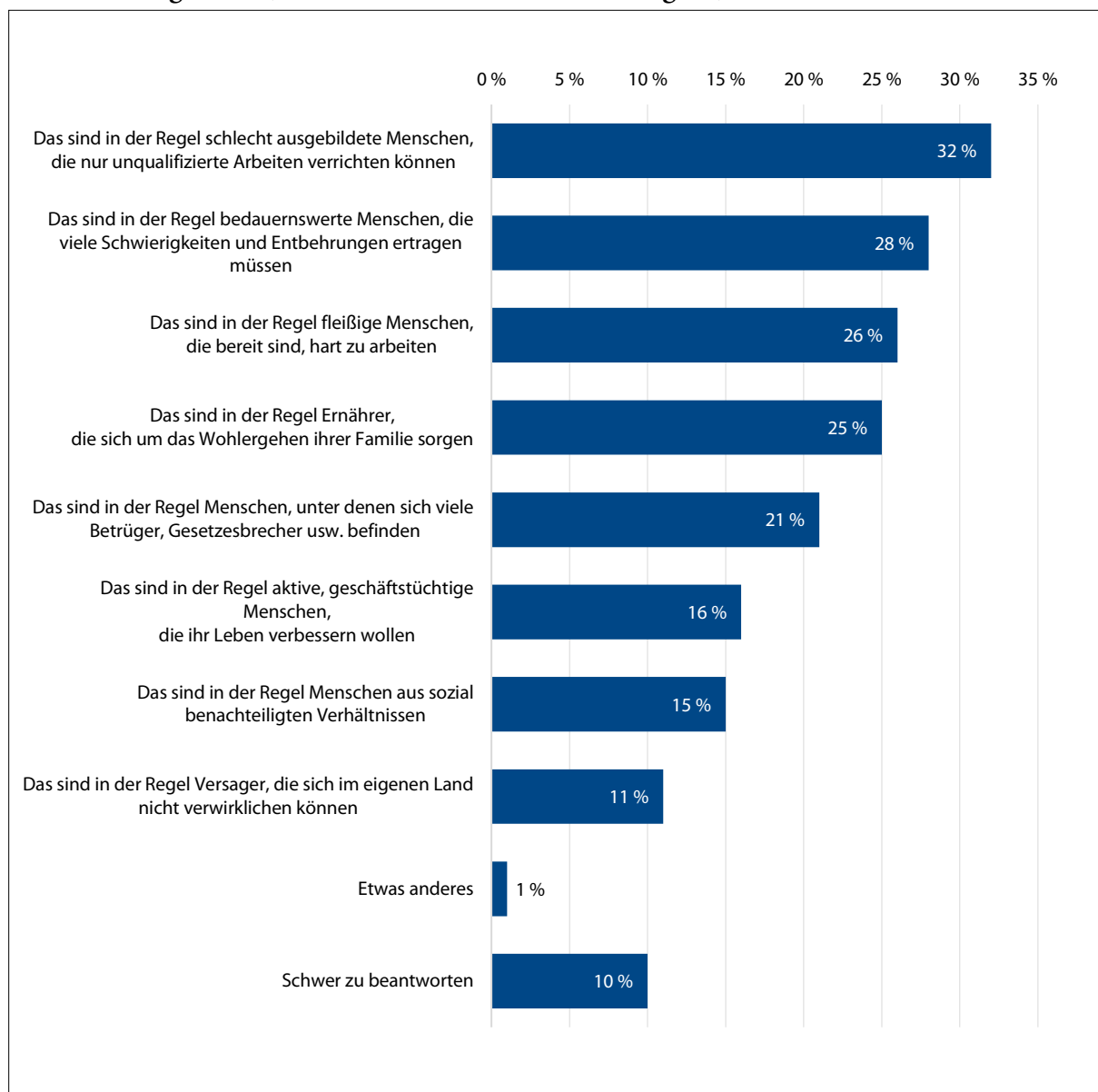
Quelle: repräsentative Umfrage des Allrussischen Zentrums der Erforschung der öffentlichen Meinung (WZIAM) vom 17.–18. Dezember 2016, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116121>>, veröffentlicht am 21. März 2017

Grafik 8: Wie ist Ihr Verhältnis zu Arbeitsmigranten aus ...?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/28/otnosheniek-trudovym-migrantam/>>, veröffentlicht am 28. April 2017

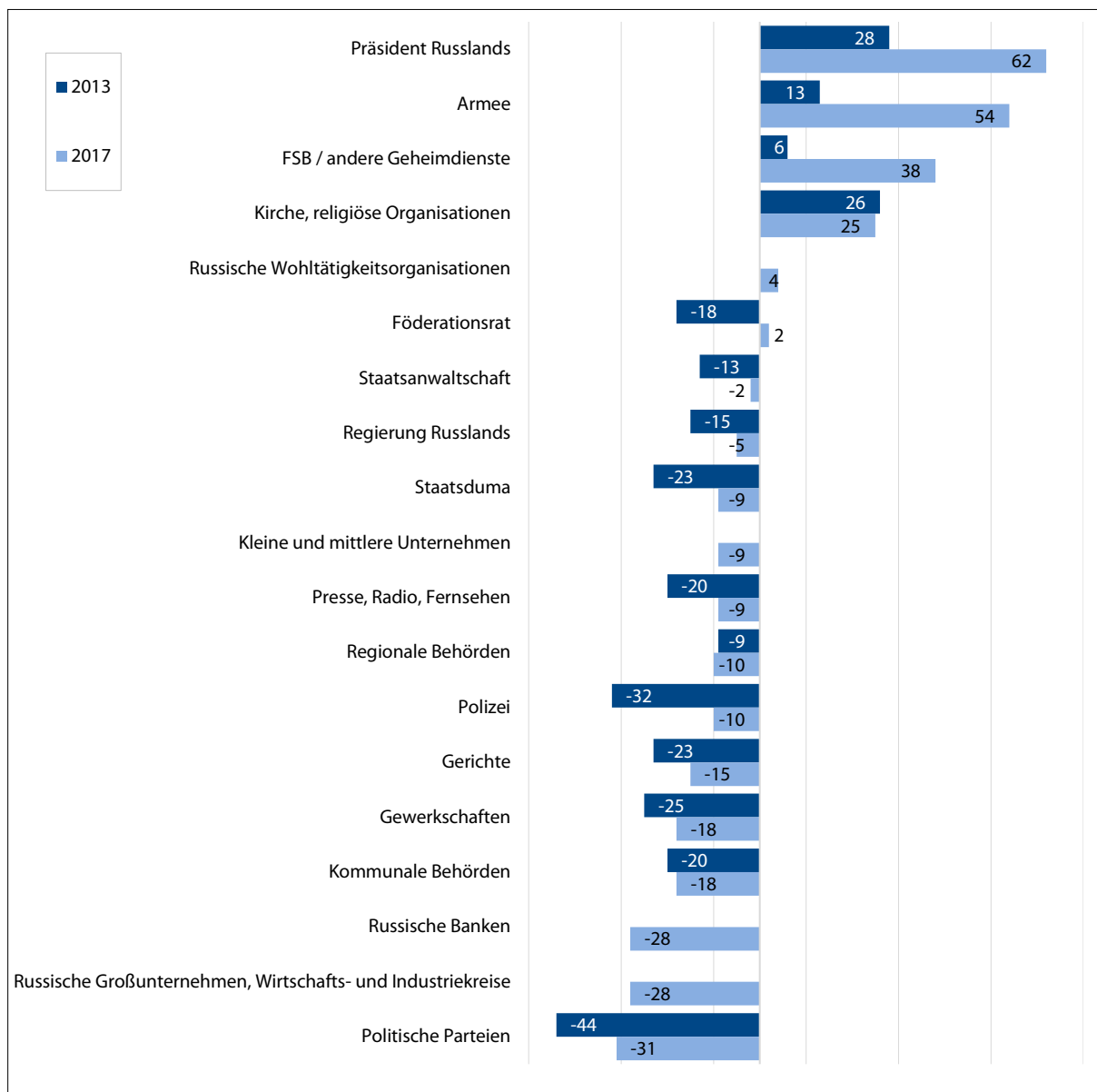
Grafik 9: Welche Eigenschaften sind Ihrer Meinung nach am charakteristischsten für Arbeitsmigranten (Auswahl mehrerer Antworten möglich)?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. Februar 2017, <<https://www.levada.ru/2017/04/28/otnoshenie-k-trudovym-migrantam/>>, veröffentlicht am 28. April 2017

Vertrauen und Verantwortung politischer Institutionen

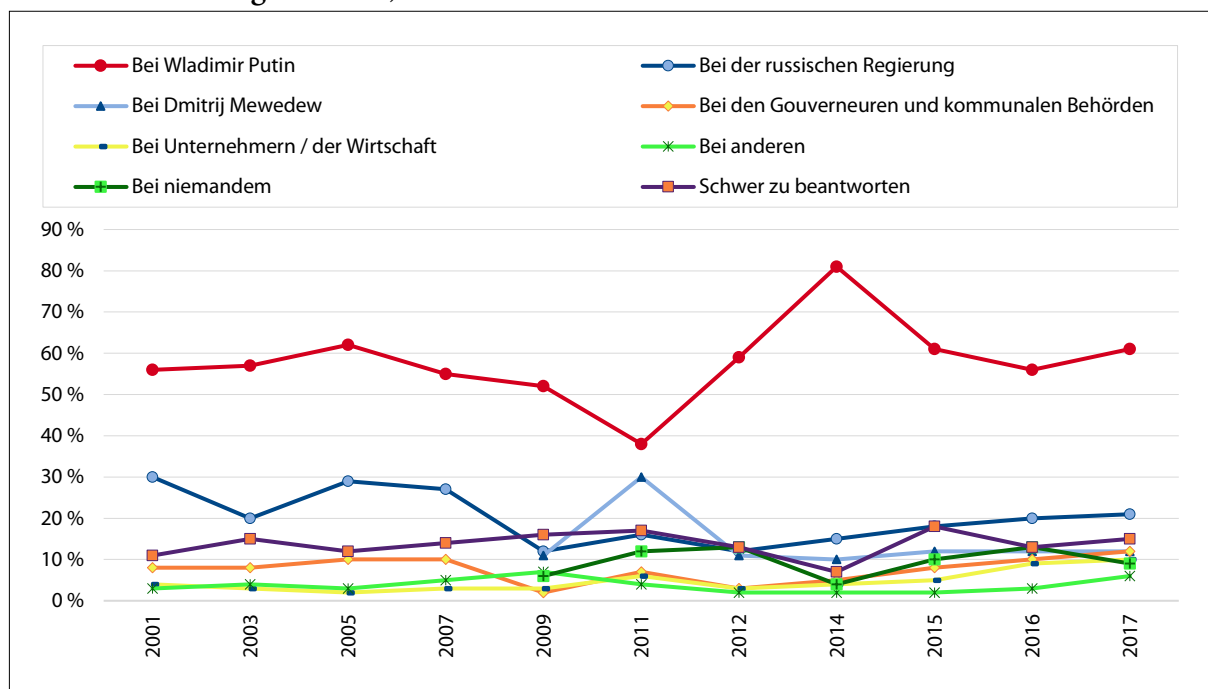
Grafik 10: Vertrauensindex in soziale Institutionen (2013 und 2017)



Berechnung des Index: Der Unterschied zwischen der Prozentzahl der Antworten (auf die Frage »In welchem Maße verdienen Ihrer Meinung nach [die folgenden Institutionen] Vertrauen ...?«) »verdient völliges Vertrauen« und »verdient überhaupt kein Vertrauen« minus der Hälfte der Prozentzahlen der Antworten »verdient nicht völliges Vertrauen«.

Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 15.–19. Dezember 2017, <<https://www.levada.ru/2017/10/12/institutsionnoe-doverie-3/>>, veröffentlicht am 12. Oktober 2017

Grafik 11: Bei wem liegt Ihrer Meinung nach der Hauptverdienst für die wirtschaftlichen Erfolge Russlands und den wachsenden Wohlstand der Bevölkerung? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



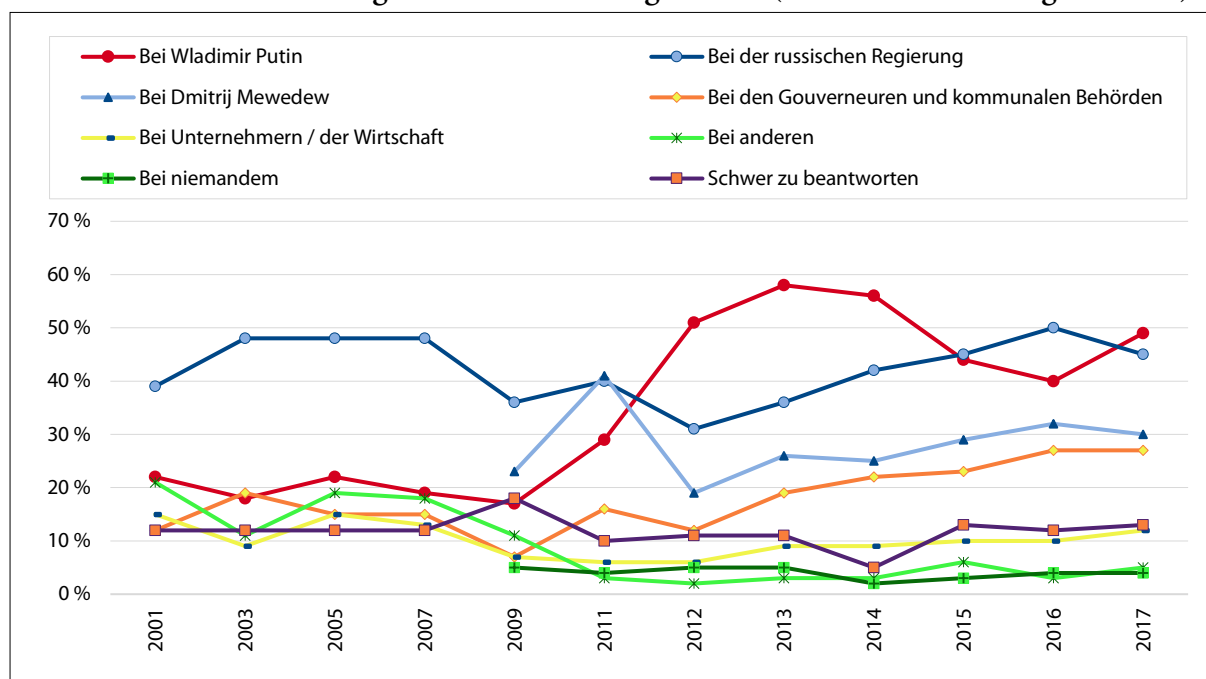
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–28. Dezember 2017, <<https://www.levada.ru/2017/12/11/17232/>>, veröffentlicht am 11. Dezember 2017

Tabelle 4: Bei wem liegt Ihrer Meinung nach der Hauptverdienst für die wirtschaftlichen Erfolge Russlands und den wachsenden Wohlstand der Bevölkerung? (mehrere Antwortmöglichkeiten)

	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2012	2014	2015	2016	2017
Bei Wladimir Putin	56 %	57 %	62 %	55 %	52 %	38 %	59 %	81 %	61 %	56 %	61 %
Bei der russischen Regierung	30 %	20 %	29 %	27 %	12 %	16 %	12 %	15 %	18 %	20 %	21 %
Bei Dmitrij Mewedew					11 %	30 %	11 %	10 %	12 %	12 %	12 %
Bei den Gouverneuren und kommunalen Behörden	8 %	8 %	10 %	10 %	2 %	7 %	3 %	5 %	8 %	10 %	12 %
Bei Unternehmern / der Wirtschaft	4 %	3 %	2 %	3 %	3 %	6 %	3 %	4 %	5 %	9 %	10 %
Bei anderen	3 %	4 %	3 %	5 %	7 %	4 %	2 %	2 %	2 %	3 %	6 %
Bei niemandem					6 %	12 %	13 %	4 %	10 %	13 %	9 %
Schwer zu beantworten	11 %	15 %	12 %	14 %	16 %	17 %	13 %	7 %	18 %	13 %	15 %

Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–28. Dezember 2017, <<https://www.levada.ru/2017/12/11/17232/>>, veröffentlicht am 11. Dezember 2017

Grafik 12: Bei wem liegt Ihrer Meinung nach die Hauptverantwortung für die Probleme im Land und die steigenden Lebenshaltungskosten? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



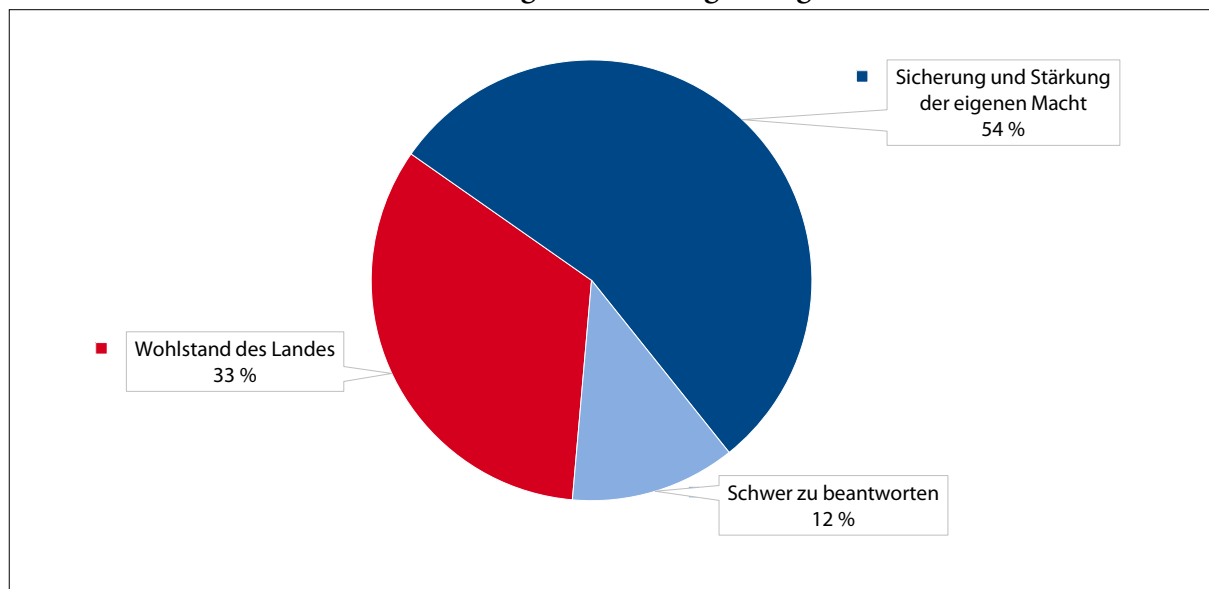
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–28. Dezember 2017, <<https://www.levada.ru/2017/12/11/17232/>>, veröffentlicht am 11. Dezember 2017

Tabelle 5: Bei wem liegt Ihrer Meinung nach die Hauptverantwortung für die Probleme im Land und die steigenden Lebenshaltungskosten? (mehrere Antwortmöglichkeiten)

	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bei Wladimir Putin	22 %	18 %	22 %	19 %	17 %	29 %	51 %	58 %	56 %	44 %	40 %	49 %
Bei der russischen Regierung	39 %	48 %	48 %	48 %	36 %	40 %	31 %	36 %	42 %	45 %	50 %	45 %
Bei Dmitrij Mowedew					23 %	41 %	19 %	26 %	25 %	29 %	32 %	30 %
Bei den Gouverneuren und kommunalen Behörden	12 %	19 %	15 %	15 %	7 %	16 %	12 %	19 %	22 %	23 %	27 %	27 %
Bei Unternehmern / der Wirtschaft	15 %	9 %	15 %	13 %	7 %	6 %	6 %	9 %	9 %	10 %	10 %	12 %
Bei anderen	21 %	11 %	19 %	18 %	11 %	3 %	2 %	3 %	3 %	6 %	3 %	5 %
Bei niemandem					5 %	4 %	5 %	5 %	2 %	3 %	4 %	4 %
Schwer zu beantworten	12 %	12 %	12 %	12 %	18 %	10 %	11 %	11 %	5 %	13 %	12 %	13 %

Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–28. Dezember 2017, <<https://www.levada.ru/2017/12/11/17232/>>, veröffentlicht am 11. Dezember 2017

Grafik 13: Was ist Ihrer Meinung nach den Mächtigen in Russland wichtiger: der Wohlstand des Landes oder die Sicherung und Stärkung der eigenen Macht?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–28. Dezember 2017, <<https://www.levada.ru/2017/12/11/17232/>>, veröffentlicht am 11. Dezember 2017

4. – 15. Dezember 2017

04.12.2017	Im Verfahren gegen den ehemaligen Minister für wirtschaftliche Entwicklung Alexej Uljukajew fordert die Staatsanwaltschaft zehn Jahre Haft und eine Geldstrafe in Höhe von 500 Millionen Rubel (ca. 7,1 Mio. €). Uljukajew soll vom Vorstandsvorsitzenden des staatlichen Mineralölkonzerns »Rosneft«, Igor Setschin, zwei Millionen US-Dollar Bestechungsgeld angenommen haben.
04.12.2017	Die Zeitung »Wedomosti« berichtet, dass zwischen 2012 und 2016 mehr als 3.000 Soldaten der russischen Armee (sowohl Wehrdienstleistende als auch Berufssoldaten) gestorben seien. Auffällig viele Tote soll es im Jahr 2014 gegeben haben (790). Die Zeitung beruft sich auf Unterlagen der Versicherungsgesellschaft »Sogas«, die Angehörige der Armee absichert.
05.12.2017	Das russische Justizministerium erklärt neun Medien zu »ausländischen Agenten«, darunter auch den offiziellen staatlichen Auslandssender der USA, »Voice of America«, sowie den vom US-Kongress finanzierten Sender »Radio Free Europe/Radio Liberty«.
05.12.2017	Die Menschenrechtsorganisation »Memorial« berichtet, dass in der tschetschenischen Hauptstadt Grosnyj am 21./22. November 2017 mindestens sieben Menschen entführt worden seien. Sie werden nach Angaben von »Memorial« von der russischen Nationalgarde in Grosny festgehalten.
05.12.2017	Das Internationale Olympische Komitee (IOC) schließt Russland wegen systematischer Manipulation des Anti-Doping-Systems von den Winterspielen 2018 im südkoreanischen Pyeongchang aus. Der frühere russische Sportminister Witalij Mutko wird für alle zukünftigen Olympischen Spiele gesperrt. Russische Athleten können jedoch auf Einladung des IOC unter neutraler Olympischer Flagge an den Spielen teilnehmen.
06.12.2017	Wladimir Putin gibt seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2018 bekannt.
06.12.2017	Russland verkündet, dass die »Terrororganisation IS in Syrien besiegt« und das Land »vollständig befreit« sei. Dies sagt der Generalstabschef der russischen Streitkräfte und erste stellvertretende Verteidigungsminister Walerij Gerassimow auf dem jährlichen Briefing für ausländische Militärattachés.
06.12.2017	Die Schriftstellerin Alexandra Nikolajenko erhält den mit 1,5 Millionen Rubel (ca. 21.500 €) dotierten »Russischen Booker-Preis« für ihr Werk »Ubit Bobrykina, Istorija odnogo ubijstwa« (»Bobyrykin umbringen. Geschichte eines Mordes«). Der »Russische Booker« zählt zu den wichtigsten russischen Literaturpreisen.
06.12.2017	Die Abgeordneten der Staatsduma beschließen, Journalisten der US-Medien »Voice of America« und »Radio Free Europe/Radio Liberty« den Zugang zum Parlament zu verweigern. Die Maßnahme wird mit der Verweigerung der Akkreditierung für russische Journalisten durch den US-Kongress begründet.
07.12.2017	Die russischen Mineralölunternehmen »Rosneft« und »Baschneft« verklagen das russische Beteiligungsunternehmen »AFK Sistema« erneut vor dem Wirtschaftsgericht der Republik Baschkortostan auf Schadensersatz in Höhe von mehr als 131 Milliarden Rubel (ca. 1,9 Mrd. €). Bereits im August hatte das Gericht »Rosneft« 136,3 Milliarden Rubel (ca. 1,9 Mrd. €) Entschädigung zugesprochen. Es ist einer der größten Wirtschaftsprozesse der russischen Geschichte. Hintergrund ist die Enteignung und Verstaatlichung von »Baschneft«, das von 2009 bis 2014 in Besitz von »AFK Sistema« war.
07.12.2017	Ein Moskauer Bezirksgericht verhängt Untersuchungshaft gegen den Leiter des Zentrums für kriminalistische Gutachten (EKZ) des Innenministeriums, Pjotr Grischin. Ihm wird vorgeworfen, staatliche Gelder in Höhe von mehr als 90 Millionen (ca. 1,3 Mio. €) veruntreut zu haben. Im Falle einer Verurteilung drohen Grischin bis zu zehn Jahre Haft.
08.12.2017	Das russische Beteiligungsunternehmen »AFK Sistema« verklagt die Mineralölkonzerne »Rosneft« und »Baschneft« auf Schadensersatz in Höhe von mehr als 330 Milliarden Rubel (ca. 4,7 Mrd. €). Die geforderte Summe ist höher als die Gesamtsumme der beiden Klagen von »Rosneft« und »Baschneft« gegen »AFK Sistema«.
08.12.2017	Nach Angaben einer Expertengruppe der Staatskorporation für Atomenergie »Rosatom« stammt das Ende September über großen Teilen Europas in der Luft gemessene Isotop Ruthenium 106 nicht aus der Kerntechnischen Anlage »Majak«. Als Quelle der erhöhten Ruthenium-106-Konzentration vermuten die Experten von »Rosatom« einen Satelliten, der bei Eintritt in die Atmosphäre auseinandergebrochen sei.
09.12.2017	Das Moskauer Bolschoi-Theater zeigt das Ballett »Nurejew« des Regisseurs Kirill Serebrennikow. Das Stück war im Juli wegen der angeblich »mangelhaften Qualität des Balletts« abgesagt worden. Serebrennikow sitzt seit dem 22. August wegen des Vorwurfs der Untreue in Untersuchungshaft.
11.12.2017	Bei einem Besuch in Syrien ordnet Präsident Wladimir Putin den Rückzug eines Großteils der russischen Truppen aus dem Bürgerkriegsland an. Auf der russischen Luftwaffenbasis Hamaimim in der Provinz Latakia trifft Putin auch den syrischen Präsidenten Baschar al Assad.

11.12.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft in Kairo seinen ägyptischen Amtskollegen Abdel Fattah al-Sissi. Bei einem anschließenden Treffen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Ankara kündigt Putin an, dass Russland den angekündigten »Kongress der Völker Syriens« Anfang kommenden Jahres organisieren wird.
11.12.2017	Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich des Fernsprechwesens, Informationstechnologie und Massenkommunikation (»Roskomnadsor«) blockiert die Internetauftritte von elf sogenannten »unerwünschten Organisationen«. Zu diesen Organisationen gehört auch die Bewegung »Open Russia« von Michail Chodorkowski.
12.12.2017	Das Internationale Olympische Komitee (IOC) schließt sechs Spielerinnen der russischen Eishockey-Nationalmannschaft auf Lebenszeit von den Olympischen Spielen aus. Grund sind Verstöße gegen die Anti-Doping-Regeln während der Olympischen Spiele 2014 in Sotschi.
12.12.2017	Ein großer Teil der anonymen Bombendrohungen, die seit September bei den Rettungsdiensten vieler russischer Großstädte per Telefon eingegangen sind, soll aus Syrien kommen. Dies erklärt der stellvertretende Innenminister Igor Subow. Auch aus der Türkei, der Ukraine, der USA, Kanada, Kasachstan und Usbekistan seien solche Anrufe getätigt worden. Wegen anonymer Drohanrufe waren seit September insgesamt 2,3 Millionen Menschen aus bedrohten Gebäuden und Institutionen evakuiert worden.
13.12.2017	Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskomnadsor) droht, Twitter in Russland zu blockieren, wenn der Kurznachrichtendienst nicht den Account der Bewegung »Open Russia« von Michail Chodorkowski löscht. Die Organisation war im Juli zur »unerwünschten Organisationen« erklärt worden. Zugleich warnt Roskomnadsor die Medien, Materialien von »unerwünschten Organisationen« zu verbreiten.
14.12.2017	Roskomnadsor droht YouTube an, das Videoportal in Russland zu blockieren, wenn der Account von »Open Russia« nicht geschlossen wird. Die Behörde verbietet außerdem Links auf Seiten sogenannter »unerwünschter Organisationen«.
14.12.2017	Russlands Präsident Wladimir Putin stellt sich in seiner jährlichen Pressekonferenz den Fragen in- und ausländischer Journalisten. Dabei erklärt er, bei den Präsidentschaftswahlen 2018 als unabhängiger Kandidat antreten zu wollen.
14.12.2017	Die Staats- und Regierungschefs der EU verlängern die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate.
15.12.2017	Ein Moskauer Gericht verurteilt den früheren russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung Alexej Uljukajew wegen Bestechlichkeit zu acht Jahren Haft. Außerdem muss er eine Geldstrafe von 130 Millionen Rubel (ca. 1,9 Mio. €) zahlen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>